

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

100.000 offizielle AIDS-Erkrankungen

Anlässlich seiner Pensionierung beklagte Dr. Prasado Rao, der ehemalige Leiter des AIDS-Unterstützungsteams der Vereinten Nationen für die Region Pazifik (United Nations Support Team for HIV/AIDS in the Pacific, UNAIDS), die Ausbreitung des Virus im Pazifik. Von den rund 100.000 bekannten AIDS-Erkrankten im Pazifik lebten 90 % in Papua-Neuguinea, erklärte Dr. Rao. Hier vollziehe sich die Ansteckung mit dem Virus auch über andere Kanäle als auf den kleineren pazifischen Inseln. Dort sorgten Prostitution, Tourismus und Arbeitsmigranten für eine rasante Ausbreitung des Virus. In Papua-Neuguinea seien es vor allem wechselnde sexuelle Beziehungen, Gender-basierte Gewalt sowie harte Maßnahmen im Strafvollzug.

Die UNAIDS geht von rund einer Million Neuerkrankungen in den letzten zwei Jahren in der Region Asien/Pazifik aus. (ABC Australia 30.12.09, <http://www.thegmai.org/>, <http://www.plusnews.org/PrintReport.aspx?ReportId=73821>)

VAE unterstützt Pazifikstaaten

Im Anschluss an eine zwölf-tägige Besuchsreise durch die pazifischen Inselstaaten Fidschi, Tuvalu, Salomonen, Nauru, Papua-Neuguinea, Palau und Tonga haben die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) Entwicklungshilfegelder für die entsprechenden Länder in Höhe von 50 Millionen US Dollar zugesagt. Eine neunköpfige hochrangige politische Delegation unter Leitung des VAE-Außenministers Scheich Abdullah bin Zayed Al Nahyan Zayed hatte die Pazifikländer für nur jeweils eine bzw. maximal zwei Tage besucht. Sie war dabei in der Privatmaschine des Scheichs, einer Boeing 737, unterwegs.

Die Entwicklungshilfegelder sollen vom „Abu Dhabi Fund for Deve-

lopment“ verwaltet werden. Dieser hat seit 1971 in 50 Ländern mehr als 200 Maßnahmen und Projekte gefördert. Die Hilfsgelder sollen zur Verbesserung von Bildung, Erziehung und Gesundheitswesen eingesetzt werden. Das Programm läuft unter dem Titel „Partnership into the Pacific“.

Mit Tonga schloss der Scheich ein eigenes Partnerschaftsabkommen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Erschließung des Tourismus einschließt.

Info: Die Vereinigten Arabischen Emirate sind eine Föderation von sieben Emiraten im Südosten der Arabischen Halbinsel in Südwestasien. An der Küste des Persischen Golfes gelegen und mit Zugang zum Golf von Oman, grenzt das Land an Saudi-Arabien und Oman. Es besteht aus den Emiraten Abu Dhabi, Adschman, Dubai, Fudschaira, Ra's al-Chaima, Schardscha und Umm al-Qaiwain. (Matangi Tonga 08.02.10, Fiji Times 21.02.10, <http://pacific eyewitness.org/2010/02/19/middle-east-united-arab-emirates-reaches-out-to-pacific-island-nations-aid-partnerships-programmes-launched/>)

Erfolge bei der Implementierung des „Cairns Compact“

Das Sekretariat des „Pacific Islands Forum“ (PIF) beurteilt die Fortschritte bei der Implementierung des sogenannten „Cairns Compact“ als gut. Dieser Vertrag wurde bei der letzten Mitgliederversammlung der Forumsländer im August letzten Jahres im australischen Cairns geschlossen. Bei der Versammlung hatten die Mitgliedsländer des Forums übereinstimmend die mangelhaften Fortschritte bei dem Erreichen der „Millennium Development Goals“ (MDG) in ihren jeweiligen Staaten beklagt und beschlossen, einen eigenen Vertrag über gegenseitige Unterstützung und Entwicklungshilfe zur Umsetzung der MDGs zu schließen.

Der Generalsekretär des Sekretariats der Forumsländer, Feleti Teo, erklärte nun, man sei zufrieden über den Fortgang des Prozesses. Die Mitgliedsländer würden ent-

sprechend der Forderungen des Cairns Compact regelmäßig Berichte über die Fortschritte bei der Implementierung der MDGs an das Sekretariat in Suva schicken. So habe man einen besseren Überblick, was bisher erreicht worden sei und woran man noch arbeiten müsse, erläuterte Teo. (Pressemitteilung PIF Sekretariat 24.02.10, www.pif2009.org.au/docs/cairns_compact_final.pdf)

Künstliches Riff vor Papeete

Das französisch-polynesisches Marineministerium hat den Auftrag zum Bau künstlicher Riffe vor dem Faa'a-Flughafen nahe der Hauptstadt Papeete erteilt. Die Riffe werden von den französischen Firmen „P2A Développement“ und „Morancy Conseil Environnement“ in Küstennähe in 10 bis 30 Meter Tiefe angelegt. Dazu werden Stahlträger tief in den Sandboden eingegraben und mit Kuppeln aus Polymer verbunden. Ziel ist die Ansiedlung und Aufzucht von Lagunenfischen in den relativ flachen Gewässern vor Faa'a. Das Testgebiet wurde für den Schiffsverkehr gesperrt, erst in einigen Jahren soll das Gebiet zum Befahren und zum Befischen freigegeben werden.

Der polynesisches Marineminister Temauri Foster erklärte, man wolle mit der Anlage künstlicher Riffe die Fischpopulation in dem entsprechenden Gebiet steigern. Man wisse bereits aus Erfahrung, dass sich künstliche Korallenriffe an untergegangenen Schiffswracks bildeten. Mit dem 126.000 € teuren Projekt wolle man nun prüfen, ob sich der Aufbau von Korallenriffen auch bewusst durch den Menschen steuern lasse, erklärte der Minister.

Info: Die Firma „P2A“ wurde 2004 gegründet. Sie arbeitet in den Bereichen Aquakultur, Fischerei und Aquariumstechnik und unterstützt Gemeinden und Organisationen bei der nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Meeresressourcen.

Die in Marseille ansässige Firma „Morancy Conseil Environnement“ ist eine Umweltberatungsfirma. (TahitiPresse 21.02.10, <http://www.p2adev.com/Home.html>)

† Letzter Kon-Tiki Teilnehmer

Der letzte lebende Teilnehmer an der Kon-Tiki-Expedition von 1947, der Norweger Knut Haugland, starb Ende Dezember letzten Jahres mit 92 Jahren in Oslo.

Mit dem aus Balsa-Holz und Bambus selbst gebauten Floß „Kon-Tiki“ (Name des Sonnengottes in der Mythologie der Inka) wollte der Norweger Thor Heyerdahl beweisen, dass Polynesien von Südamerika aus besiedelt worden war. Dazu segelte er 1947 von Peru aus über 6.980 Kilometer quer durch den Pazifik, bis das Floß am 7. August 1947 auf der Insel Raroia im Tuamotu-Archipel auf Grund lief.

Der gängigen Theorie nach wurde Polynesien von Asien aus über Mikronesien und Melanesien entgegen dem Humboldtstrom von Westen nach Osten besiedelt. Heyerdahl ging von zwei Hauptbesiedlungswellen aus:

- 1) Von Südamerika aus, mit der starken Strömung des Humboldtstroms und dem Passatwind westwärts nach Polynesien.
- 2) Von Südostasien aus, dem Japanstrom folgend, über Britisch-Kolumbien nach Hawai'i und von dort aus nach Polynesien.

Laut Heyerdahl war eine Besiedlung Polynesiens von Asien aus möglich, sie wäre jedoch ausschließlich gegen die Fließrichtung des Humboldtstroms und gegen den Passatwind erfolgt, die seiner Meinung nach wahrscheinlichere Richtung wurde überhaupt nicht diskutiert. Der Archäologe Dr. S. K. Lothrop hatte in einer Abhandlung über südamerikanische Seefahrt postuliert, dass es nicht möglich war, Polynesien mit den technischen Möglichkeiten der präkolumbischen Bevölkerung Südamerikas zu erreichen. Heyerdahl wollte daraufhin seine Theorie durch das Kon-Tiki-Experiment untermauern.

Zu den Teilnehmern der Expedition gehörten neben Heyerdahl die Funker Knut Haugland und Toorstein Raaby, der Ingenieur

Hermann Watzinger, der Steuermann und Künstler Erik Hesselberg sowie der schwedische Ethnologe Bengt Danielsson, der als Koch fungierte. Zum Zeitpunkt der Expedition leitete Danielsson das schwedische Völkerkundemuseum. Danielsson zog als einziger Expeditionsteilnehmer später nach Französisch-Polynesien und promovierte 1955 mit „Work and Life on Raroia“ über diese Insel im Tuamotu-Archipel. In den Folgejahren veröffentlichte er, oft gemeinsam mit seiner französischen Ehefrau Marie-Thérèse, zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze und Bücher über Tahiti und Französisch-Polynesien, darunter eine sechs Bände umfassende Ethnographie über die Inseln. Das Ehepaar avancierte zu einem der stärksten Kritiker der französischen Atomtests im Pazifik und organisierte sowohl den einheimischen Widerstand als auch die Lobbyarbeit in Europa. Für ihr Engagement wurden die Beiden 1991 mit dem „Alternativen Nobelpreis“ (Right Livelihood Award) geehrt. Bengt Danielsson starb 1997, seine Frau 2003. (*Tahitipresse* 04.01.10, <http://www.rightlivelihood.org/danielsson.html>)

Bundesminister empfangen pazifische Staats- und Regierungschefs

Außenminister Dr. Guido Westerwelle (FDP) empfing am 15. Dezember 2009 gemeinsam mit Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) Staats- und Regierungschefs aus acht pazifischen Inselstaaten. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand der Klimagipfel in Kopenhagen. Die Inselstaaten sind von den Folgen des Klimawandels unmittelbar und existentiell bedroht. Deutschland als einer der Vorreiter in der internationalen Klimapolitik kann ihnen gerade in diesem Bereich ein wichtiger Partner sein.

Dr. Westerwelle betonte im Vorfeld des Treffens, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und den Pazifikstaaten auf eine lange Tradition zurückblicken könnten. *„Unsere pazifischen Partner können auf unsere Unterstützung zählen“*, betonte der Minister.

Minister Niebel verkündete in diesem Zusammenhang die Aufstockung des Regionalprogramms „Anpassung an den Klimawandel in der pazifischen Inselregion“ um zehn Millionen Euro. Dieses Programm soll die Inselstaaten darin unterstützen, sich den Herausforderungen des Klimawandels zu stellen.

An dem Treffen nahmen teil die Präsidenten von Kiribati (Anoto Tong), Mikronesien (Emanuel Mori), Palau (Johnson Toribiong) und den Marshall-Inseln (Jurelang Zedkaia). Zudem nahmen an dem Gespräch die Premierminister von Samoa (Tuilaepa Lufesoliai Sailele Malielegaoi), Tuvalu (Apisai Ielemia) und Vanuatu (Edward Natapei) teil sowie der stellvertretende Premierminister von Tonga (Dr. Viliami Tangi).

Die pazifischen Staats- und Regierungschefs reisten unmittelbar nach ihrem Besuch in Berlin nach Kopenhagen weiter, wo sie am „High-Level Segment“ des Klimagipfels teilnahmen. (*Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes*, 15.12.09)

Die Wiederbesiedlung von Rongelap: Der Weg in die Heimat oder in eine mehr als (un)gewisse Zukunft?

Anmerkungen von Katja Göbel zum 56. Jahrestag der Bravo-Bombe auf Bikini

Am 1. März 2010 ist es 56 Jahre her, dass die größte, jemals von den Vereinigten Staaten von Amerika gezündete Atombombe „Bravo“ auf dem Bikini-Atoll zur Explosion gebracht wurde – mit einer mehr als 1000fachen Sprengkraft (17 Megatonnen) im Vergleich zur Hiroshima-Bombe. Gerne bzw. geplant wurde damals die Verstrahlung der Bewohner der benachbarten Inseln Rongelap (nur etwa 170 km entfernt) bzw. anderer im Umkreis gelegener Inseln in Kauf genommen, wie Militärdokumente in den 1980er Jahren zum Vorschein brachten. Die Windrichtung des radioaktiven Fallouts war den Militärs im Vorfeld bekannt und wurde gezielt in Kauf genommen. Interes-

sant waren hierbei die Langzeitfolgen für Mensch und Umwelt auf die radioaktive Verstrahlung durch eine Atombombe.

Nachdem die Bewohner von Rongelap damals 48 Stunden nach der Explosion endlich von US-amerikanischen Militärs evakuiert und in einen anderen Teil der Marshallinseln (Kwajalein-Atoll) gebracht wurden, hatten die betreffenden US-amerikanischen Behörden den wenig informierten Rongelapesen im Jahre 1957, also nur etwa drei Jahre nach der verheerenden Verstrahlung ihrer Heimat, die Wiederbesiedlung ermöglicht. Rongelap sei nach US-Behörden mit gewissen Auflagen wieder unbedenklich zu bewohnen. Zu bemerken sei hierbei, dass kurz nach der Explosion von „Bravo“ auf Rongelap Ärzte bei den Rongelapesen eine Strahlung von 175 rem Gamma-Aktivität, eine extrem hohe Strahlung, innerhalb von wenigen Tagen registrierten. In Deutschland ist laut der deutschen Strahlenschutzverordnung ein Grenzwert von 0,01 rem Gamma-Aktivität pro Jahr angegeben! Von daher kann von einer extrem hohen radioaktiven Verstrahlung von Rongelap ausgegangen werden.

Als sich in den folgenden Jahren der gesundheitliche Zustand der Bewohner von Rongelap zunehmend verschlechterte, da sie u. a. durch ihre angebaute Nahrung die gefährlichen radioaktiven Stoffe aufnahmen, versuchten sie zu zweifeln, die US-Regierung dazu zu bewegen, sie von Rongelap zu evakuieren – doch ohne Erfolg. Schließlich nahm sich die Umweltorganisation Greenpeace ihres Anliegens an und evakuierte die Rongelapesen im Mai 1985 mit dem Schiff „Rainbow Warrior“ wiederum ins Kwajalein-Atoll. Kurze Zeit später wäre dies nicht mehr möglich gewesen, denn am 10. Juli 1985 wurde die Rainbow Warrior (I) vom französischen Geheimdienst im Hafen von Auckland (Neuseeland) vor dem Hintergrund ihrer Proteste gegen die französischen Atomtests in Französisch-Polynesien versenkt.

56 Jahre nach dem gewaltigen „Bravo“-Test sind die Folgen für die Rongelapesen durch vielfältige

Krankheiten, genetische Defekte, Langzeitfolgen und eine deutlich höhere Sterberate festgehalten – ebenso wie die damalige Dokumentation der Intentionen der US-amerikanischen Behörden. Um so mehr erstaunten die Nachrichten aus den regionalen Nachrichten, dass die US-amerikanische Energiebehörde (Department of Energy, DOE) bekannt gab, dass Rongelap nach mehreren Tests und Säuberungsarbeiten wieder besiedelt werden könnte. Um dies zu unterstreichen, äußerten US-Behörden kürzlich Bedenken, dass die Wiederbesiedlung von Rongelap sehr schleppend vorangehe und drangen auf die lokale Verwaltung von Rongelap (Rongelap Atoll Local Government, RALGov) ein, dass sie bis Ende 2011 die Wiederbesiedlung abgeschlossen haben sollte. Falls die lokale Verwaltung dies wünsche, werde das DOE die Wiederbesiedlung unterstützen, so die Direktorin des Sekretariats für Gesundheit und Sicherheit im DOE, Patricia Worthington.

Auf Rongelap läuft momentan ein Projekt, das die Aufnahme des radioaktiven Cäsiums und Strontiums in den angebauten Pflanzen dokumentieren soll. Ein ähnliches Projekt wird auf der benachbarten Insel Utrik durchgeführt, wo nach US-Angaben sehr wenig nuklearer Niederschlag (Fallout) die Erde verseucht hat. *„Wir hoffen, dass unsere Nachuntersuchungen auf Utrik die andauernden Bedenken über die radioaktive Strahlung der Inseln verringern werden sowie die Bewohner dazu animieren, ihre Gesundheit mit dem Verzehr von lokalen Früchten zu verbessern.“*

Diese Projekte sind insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Erkrankungen wie Diabetes, die auf den westlich importierten Lebensstil zurückzuführen sind, zurückzuführen. Für die Wiederbesiedlung sei es notwendig, so das DOE, dass die Menschen importierte Nahrungsgüter zu sich nähmen sowie kaliumhaltige Düngemittel einsetzten, welche die Aufnahme des radioaktiven Cäsiums durch die angebauten Früchte abdämpfen.

Neben den bedenklichen Gesund-

heitsrisiken für die Bewohner der vom nuklearen Fallout betroffenen Inseln ist die unklare finanzielle Situation ein großes Problem. Die US-amerikanische Regierung übt Druck auf die lokale Verwaltung aus, dass bis Ende 2011 die Wiederbesiedlung von Statten gegangen sein sollte und Gelder für wenige Monate ausgegeben werden sollten, um diese Umsiedlung zu unterstützen. Man hätte speziell für die Umsiedlung ausgewiesene Gelder von Seiten der Lokalverwaltung nicht gezielt eingesetzt, so kann man in einem Brief von US-Senatoren lesen. Gelder seien lediglich für den Zweck der Umsiedlung vorgesehen, nicht für Entschädigungen und Renten von Atomwaffentestgeschädigten.

RALGov-Bürgermeister Matayoshi und seine Regionalverwaltung fordern mindestens eine Mio. US \$ im Jahr für die Wiederbesiedlung von Rongelap, wobei die Summe auf Dauer nicht ausreichend sein sollte. Hinzu kommt, dass die US-Regierung offensichtlich ein Ende der Siedlung in Mejatto (Kwajalein-Atoll), wohin die Rongelapesen nach den Atomtests umgesiedelt wurden, zeitnah anstrebt und damit die lokale Verwaltung zusehends unter Druck setzt. Letztendlich sind die Rongelapesen auf die finanziellen Zuwendungen der USA angewiesen und sehen sich momentan mit dem Problem konfrontiert, sich in einer unklaren Situation sowohl in gesundheitlicher als auch finanzieller Hinsicht zu befinden.

Auf Rongelap wurden mittlerweile neun Häuser gebaut, weitere vierzig wurden von der regionalen Verwaltung zur Finanzierung bei den US-Behörden angefragt. Diese sollen auch Bewohner des Enewetak-Atolls, wo 1952 die erste nukleare Wasserstoffbombe der USA gezündet wurde, beheimaten. Zudem sollen eine Schule und ein medizinischer Stützpunkt fertig gestellt werden. Fraglich ist jedoch, ob die Menschen von Rongelap, die damals die tragischen Folgen des „Bravo“-Tests miterleben mussten, überhaupt in ihre Heimat zurückkehren wollen. Zu tief scheinen die Wunden, die von der US-amerikanischen Regierung im Bewusstsein der Menschen gerissen

wurden. *„Ehrlich gesagt möchte ich nicht nach Rongelap zurück“*, erklärt die 69-jährige Lemeyo Abon, eine überlebende Rongelapesin des „Bravo“-Tests. Seit dem gravierenden Einschnitt in ihr Leben im Jahre 1954 hat sie kein Vertrauen mehr zu der US-amerikanischen Regierung. *„Die USA hielten ihre Arbeit vor uns geheim. Sie wussten über die Windrichtung und über die Vergiftung Bescheid. Wir haben friedlich auf unseren Inseln gelebt. Wir waren mit niemandem im Krieg, aber sie kamen und vergifteten uns. Die Vereinigten Staaten schulden uns etwas...Wir lebten friedlich und sie taten uns das an und bis heute haben sie noch nicht mal ‚Entschuldigung‘ zu uns gesagt“*, so Abon im Gespräch mit dem „Marshall Islands Journal“.

Zweifelhaft ist in Anbetracht dieser Aussage, ob die Vereinigten Staaten in der Position sind, Forderungen zu stellen und die Regionalregierung zu einem zeitlichen Limit für 2011 zu drängen. Hinzu kommt, dass lediglich ein kleiner Teil des Atolls Dekontaminierungsmaßnahmen unterzogen wurde und die Bevölkerung in der Exklave zugenommen hat, so dass kein ausreichender Platz für alle vorhanden ist. Ganz abgesehen davon sind die Bewohner momentan auf Lebensmittellieferungen von Außen angewiesen, wobei die entlegene Position von Rongelap nicht zu vernachlässigen ist. Lemeyo Abon sieht diesen Zustand als äußerst kritisch an: *„...wenn ein Schiff sich verspätet, werden die Rongelapesen ihr Land wegen der radioaktiven Verseuchung nicht aufessen können...die Vergiftung ist da, auch wenn man sie weder schmecken, riechen noch sehen kann.“*

Für Lemeyo Abon ist weiterhin fraglich, was passiert, wenn die Rongelapesen zurückkehren und feststellen, dass ein Leben in ihrer ursprünglichen Heimat nicht möglich ist. Schließlich hatten die USA schon 1985 ihre Evakuierung verweigert und keiner wüsste im Zweifelsfall wohin. Die Atomtestveteranin würde zudem gerne die nationale Regierung der Marshallinseln in die Debatte eingebunden sehen. Momentan hätten allein Bürgermeister James Matayoshi und Se-

nator Ken Kedi im Namen der Rongelapesen gesprochen aber es sollten mehr sein, besonders die ältere Generation, die vor dem US-Kongress Zeugnis des Geschehens der 1950er (und 60er) Jahre ablegen und damit der jüngeren Generation einen Weg weisen sollten.

Die Geschichte der Menschen von Rongelap, Bikini, Enewetak und der anderen betroffenen Inseln der Ralik-Kette („Sonnenuntergang-Kette“) der Marshallinseln ist mehr als tragisch und seit vielen Jahrzehnten von externen Mächten bestimmt. In den letzten Jahren gab es immer wieder Debatten über Entschädigungsleistungen der USA gegenüber den radioaktiv verseuchten Gebieten und den betroffenen Menschen der Marshallinseln, die sich durch Verweigerung und Ignoranz von Seiten der USA auszeichneten. Momentan scheint es eher so, als ob die USA so schnell wie möglich ihr „Mejatto-Problem“, was mit großen Kosten verbunden ist, beseitigen wollen. Die, welche die schlimmen Zeiten nach der „Bravo“-Bombe miterlebten, wissen, von was sie sprechen und was sie zu erwarten haben. Lemeyo Abon drückt ihre Skepsis, die sie mit anderen Rongelapesen der „Stunde Bravo“ verbindet, wie folgt aus: *„Für mich ist es sehr schwer, irgendeiner Aussage der Amerikaner zu vertrauen und an diese zu glauben, nachdem was sie und die Energiebehörde uns angetan haben. Was sie taten, war kriminell.“*

Auf dieser Basis dürfte es schwierig sein, einen zufriedenstellenden Konsens für alle Beteiligten zu finden, aber eines ist wohl sicher: Rongelap wird nie wieder das sein, was die Rongelapesen mit ihrer Heimat vor 1954 verbinden! (Quellen: Marshall Islands Journal 18.12.2009, 22.01.2010, 12.02.2010, 19.02.2010)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Gasprojekt sorgt für Unruhe

Anfang des Jahres haben die Regierung Papua-Neuguineas und ihre Partner, der US-amerikanische Energiekonzern Exxon Mobil und die australische Firma Oil Search (an der die Regierung mit knapp 17% beteiligt ist), den Vertrag über das bislang größte Gasprojekt des Staates unterzeichnet, das sogenannte „Liquefield Natural Gas Project“ (LNG, Erdgasverflüssigungsprojekt). Ab 2014 sollen im Hochland in der Southern Province bei Tari jährlich 6,6 Millionen Tonnen Gas über einen Zeitraum von 30 Jahren gefördert werden. Damit wäre PNG nach Australien der zweitgrößte Gasexporteur im asiatisch-pazifischen Raum.

Der Brennstoff soll über eine 300 Kilometer lange Pipeline an die Küste geleitet werden und danach weitere 415 Kilometer durch eine Unterwasserröhre in eine Raffinerie in der Nähe der Hauptstadt Port Moresby gepumpt werden. Von dort aus soll er als Flüssiggas in alle Welt exportiert werden. 22,4 Milliarden Euro (35 Mrd. AUS \$) Gewinn erwarten die Regierung und ihre beiden privaten Investoren aus dem Projekt. Gas gilt als einer der wichtigsten Rohstoffe in einer immer energiehungrigeren Welt, weil er klimafreundlicher als Kohle ist. Für das Jahr 2010 rechnen Experten mit einem Anstieg der jährlichen Nachfrage nach Flüssiggas um 17%.

Bereits kurz nach Vertragsunterzeichnung begannen die Vorbereitungsarbeiten. Straßen in das schwer zugängliche, gebirgige Hochland müssen geplant werden, Siedlungen für die Bergarbeiter sollen entstehen sowie die Förderanlagen selbst. Man geht von Investitionen in Höhe von 16 Milliarden AUS Dollar aus in einem Land, dessen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 nur 13,5 Milliarden AUS

\$ betrug.

Der Beginn der Bauarbeiten hat zu Unruhen und Protesten in den betroffenen Dörfern gesorgt. Es kam zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den Klans, die sich von den Investoren benachteiligt fühlen. Exxon Mobil forderte mobile Einsatzkräfte an, um der Situation Herr zu werden. Bis auf weiteres stockten die Arbeiten am Bau der Förderanlagen. Über die Frage, durch wessen Land die Pipeline geführt werden soll, entbrannte ein heftiger Streit zwischen benachbarten Dörfern. Ein Klan warf dem anderen vor, nicht in die Verhandlungen mit den Gasinvestoren involviert worden zu sein. Elf Menschen starben, sie wurden unter dem Einfluss von Alkohol und Drogen erschossen.

Jimmy Onopia, der für die Südliche Provinz zuständige Polizeikommandant, erklärte, die Polizei sei gegenüber traditionellen Stammeskämpfen relativ machtlos. Man könne nur versuchen, die Bauarbeiter des Gasprojektes zu schützen.

Bereits wenige Tage nach dem Kampf kam es zu erneuten tätlichen Auseinandersetzungen, bei denen wiederum vier Menschen aus dem Porebada-Clan den Tod fanden.

Ein Sprecher von Exxon Mobil verneinte einen Zusammenhang zwischen dem LNG-Projekt und den Stammesrivalitäten. Es handele sich hier um eine „Pay-Back“-Aktion eines Dorfes für einen getöteten Dorfbewohner, die folgenden Kämpfe mit ihren insgesamt 15 Toten hätten daher nichts mit dem Gasprojekt zu tun. Angehörige des Opferclans richteten jedoch eine Petition an die Energiekonzerne. In der sogenannten „Poreba Community Log of Demand“ fordern sie von Exxon Mobil Kompensationszahlungen in Höhe von 257.000 US Dollar (700.000 Kina) und 50 Schweine.

Nichtregierungsorganisationen befürchten mit dem Bau der Förderanlagen im Hochland einen Anstieg der HIV/AIDS-Rate, die bereits heute zu einer der höchsten im Pa-

zifik zählt. Die geplanten Tausenden von Arbeitern in den Minencamps könnten sich bei Prostituierten mit dem lebensgefährlichen Virus anstecken und das Virus zurück in ihre Heimatdörfer tragen, wie der AIDS-Council von Papua-Neuguinea mitteilte. Die von dem Rat vorgeschlagene Möglichkeit, die Camps hermetisch abzuriegeln und den Zugang der Prostituierten zu reglementieren, lässt sich wohl nicht durchsetzen. (*Business Wire* 09.09.09, *Post-Courier* 14.12.09, *Flash d'Océanie* 01.02.10, *Handelsblatt* 23.01.10, *AAP* 25.01.10, *The National* 03.02.10, *Post-Courier* 11.02.10, <http://www.exxonmobil.com/>)

Nautilus erhält positiven Umwelt-Bescheid

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat Anfang des Jahres der kanadischen Firma „Nautilus Minerals“ die Genehmigung zum Bau einer Tiefseemine erteilt. Der positive Bescheid zur Förderung von Gold und Kupfer aus der Bismarck-See nahe der Insel Neuirland gilt für 25 Jahre. Die Genehmigung zum Abbau der Rohstoffe in der Tiefsee beschränkt sich zunächst nur auf eine bestimmte Fläche, das sogenannte „Solwara 1“-Projekt. Nautilus hält jedoch Konzessionen an einem Großteil der Bismarcksee und erhofft sich weitere Zuschläge. Der Geschäftsführer von Nautilus, Steve Rogers, geht von einem Förderbeginn der Rohstoffe ab dem Jahr 2012 aus.

Das „Solwara 1“-Projekt liegt in 1.600 Metern Tiefe. Hier sollen Sulfide abgebaut werden, aus denen wertvolle Rohstoffe wie Gold, Kupfer, Zink und Silber gewonnen werden können. Nautilus ist weltweit die erste Firma, die mit dem Tiefseebergbau in Papua-Neuguinea beginnen wird.

Kurz nach Bekanntgabe der Genehmigung zum Abbau stieg der Aktienkurs von Nautilus an der Börse von Toronto (Kanada) um 12,7%. (*ABC Australia* 07.01.10, <http://www.nautilusminerals.com/s/Projects-Solwara.asp>, *Pressemittteilung Nautilus* 05.01.10)

Minengesellschaft zerstört Friedhof

Zum Entsetzen traditioneller Landeigner hat die chinesische staatliche Minengesellschaft „Metallurgical Construction Corporation“ (MCC) mit der Zerstörung eines Friedhofes begonnen. MCC benötigt die Fläche in der Basamuk-Bucht (Provinz Madang) zum Bau der technischen Anlagen für den zukünftigen Minenbetrieb der sogenannten „Ramu-Mine“. Sama Mellombo vom Mebu-Klan, dem der Friedhof gehört, beklagte die Vorgehensweise des Bergbaukonzerns. Man habe ohne die einheimische Bevölkerung zu informieren mit der Exhumierung der Verstorbenen begonnen. Nach Angaben eines Minensprechers wolle man die Leichen nicht „entsorgen“, sondern sie an anderer Stelle wieder würdevoll auf einem neu angelegten Friedhof bestatten. Außerdem habe man den Klan bereits für die Auflösung des Friedhofs finanziell entschädigt.

Nach Intervention des Provinzgouverneurs Sir Arnold Amet wurde allerdings bekannt, dass MCC zwar die Mitglieder des Mindere-Klans entschädigt hatte, nicht jedoch die Mitglieder des Mebu-Klans, die den Friedhof für sich beanspruchten. MCC schickte daraufhin Mitarbeiter zum Mebu-Klan. Diese wollten Kerzen, Kekse, Luftballons und Chips als kleine Entschädigung verteilen. Die einheimische Bevölkerung lehnte die Süßigkeiten jedoch ab mit der Begründung, man ließe sich sein Land nicht für billigste Waren wegnehmen. Sama Mellombo erklärte, der Leitspruch der MCC „One Ramu Nico, one community“ sei lächerlich, da nicht alle Landbesitzenden Klane in der Basamuk-Bucht in die Verhandlungen mit einbezogen worden seien. Sein Klan, die Mebu, siedelten bereits seit 1946 in der Bucht und der Friedhof würde seit 63 Jahren von den Dorfbewohnern benutzt. Weder das Management von MCC noch die Regierung von Papua-Neuguinea hätten einen offiziellen Kauf- oder Pachtvertrag über das entsprechende Grundstück samt Friedhof mit dem Mebu-Klan abgeschlossen, beklagte Mellombo. (*Islands Business* 14.01.10)

43 Tote bei Busunglück

Bei einem der schwersten Verkehrsunfälle der letzten Jahrzehnte sind am 14. Januar 43 Personen ums Leben gekommen. Zwei vollbesetzte Busse (PMVs) waren auf dem Highway im Markham-Tal frontal zusammengekracht. Die Fahrer der Busse hatten versucht, ca. 15 cm tiefen und 30 cm breiten Schlaglöchern auszuweichen. Das ergab die Untersuchung durch den „National Road Safety Council“ (NRSC). Es handelte sich nach Angaben von NRSC-Geschäftsführer Frank Ao Aku um erfahrene Fahrer, die die Strecke mehrmals täglich zurücklegen und sich deshalb gut mit den Straßenverhältnissen auskennen. Beide Busse waren jedoch komplett überladen, zugelassen sind eigentlich nur 25 Personen pro Bus. In einem Bus befanden sich 59 Personen. Außerdem wechselten beide Fahrer je nach der Lage von Schlaglöchern mehrfach die Straßenseite und fuhren dazu noch 120 km/h. Die Geschwindigkeitsbeschränkung auf dem Highway liegt bei 80 bis 100 km/h.

Der Unfall ereignete sich rund 130 Kilometer von Lae entfernt nahe dem Dorf Ragiampun zwischen der Umi Brücke und Watarais. Ein Bus war auf dem Weg von Lae nach Gusap, der andere kam aus Mount Hagen im Hochland und war auf dem Weg nach Lae. 40 Personen starben noch am Unfallort, weitere drei erlagen in Krankenhäusern ihren schweren Verletzungen. 19 Menschen überlebten den Unfall.

Die vollmundig als „Highway“ betitelte Straße zwischen den Küstenstädten Madang und Lae ist vergleichbar mit deutschen Ortsverbindungsstraßen. Die Fahrbahndecke ist oft nur zwei Zentimeter dick und die Straße ist sehr schmal. Die Seitenränder sind unbefestigt, so dass Steinschlag häufig ist. Regenfälle und Schwerlastverkehr haben zu einem katastrophalen Straßenzustand geführt. Der „National Road Safety Council“ weiß zwar um die Zustände, repariert jedoch meist erst dann, wenn ausländische Geberländer Mittel für Infrastrukturmaßnahmen freimachen. (*The National* 14.01., 19.01.10,

<http://malumnalu.blogspot.com/2010/01/40-die-in-horror-papua-new-guinea-road.html>)

6 Opfer bei Flugzeugabsturz

Sechs Menschen starben Ende Dezember beim Absturz einer Cessna 185 in den Bergen bei Boana in der Morobe-Provinz im Hochland von Papua-Neuguinea. Zu den Opfern zählen auch zwei Kinder. Der Pilot Richard Leahy überlebte schwerverletzt. Leahy konnte noch einen Hilferuf absetzen, der von einem Helikopter in Funkweite empfangen worden war. Dieser flog sofort zur Absturzstelle an einer Bergflanke, konnte jedoch nur noch den 68-jährigen Piloten lebend bergen. Richard Leahy ist Direktor der regionalen Fluggesellschaft „Kiunga Aviation“ und gilt als äußerst erfahrener Flieger mit über 40-jähriger Erfahrung. Sein Spitzname unter Fliegern lautet „Captain Cautious“. Leahy befand sich mit seinen Passagieren auf einem 20-minütigen Flug von Nadzab nach Baidoang, als die Maschine an einer Bergflanke zerschellte.

Info: Richard Leahy ist der Sohn des 1979 in PNG gestorbenen und dort begrabenen Australiers Mick Leahy. Mick und seine Brüder Dan und Jim Taylor waren die ersten Europäer, die 1930 das Westliche Hochland von PNG besuchten und dort die These widerlegen konnten, das Hochland sei unbewohnt. (*Flash d'Océanie* 31.12.09, *Sydney Morning Herald* 02.01.10, <http://www.pacificwrecks.com/people/visitors/leahy/>)

Mediziner verlassen Provinzkrankenhaus

Im Dezember hat ein internationales Ärzteteam gemeinsam mit dem technischen Personal das Tari-Krankenhaus in der Provinz Südliches Hochland endgültig verlassen. Das achtköpfige Team der internationalen Ärztehilfsorganisation „Médecins sans frontières“ (Ärzte ohne Grenzen, MSF) sah sich aufgrund ständiger Überfälle, Einbrüche und Bedrohungen nicht mehr in der Lage, den medizinischen Dienst aufrecht zu erhalten. Die rund 15 einheimischen Ärzte und

Schwestern wollen zunächst im Krankenhaus bleiben, sie können jedoch nur Notfälle behandeln, da es sich um Allgemeinärzte und nicht um Fachärzte handelt. Monique Nagelkerke, die MSF-Koordinatorin für Papua-Neuguinea, bedauerte die ständigen Übergriffe auf die Mitarbeiter des internationalen Teams. Diese seien im Gegensatz zu den einheimischen Ärzten ständigen Attacken von „rascals“ ausgesetzt und könnten nicht ihr eigenes Leben riskieren. Ein Verbleib von Fachärzten sei eigentlich in der durch Stammesfehden extrem gefährlichen Region dringend nötig. Das sagte auch der Bürgermeister von Tari, Ken Arawi, bei der Abreise der MSF-Ärzte. Hunderte von dankbaren Patienten säumten die Krankenzufahrt, als die Ärzte das Gelände verließen.

Info: Die „Ärzte ohne Grenzen“ hatten erst im September 2008 ihre Arbeit in Tari aufgenommen. Die Organisation leistet in Ländern medizinische Nothilfe, in denen die Gesundheitsstrukturen zusammengebrochen sind oder Bevölkerungsgruppen unzureichend versorgt werden. Die Aktivitäten sind dabei sehr vielfältig: Wiederaufbau und Inbetriebnahme von Krankenhäusern oder Gesundheitszentren, mobile Kliniken zur Versorgung von ländlichen Gebieten, Impfprogramme, medizinische Versorgung in Flüchtlingslagern, psychologische Betreuung, Aufbau von Ernährungszentren, Wasser- und Sanitärprojekte sowie Gesundheitsversorgung von besonders gefährdeten Gruppen (z.B. Straßenkinder, Slumbewohner).

Die „Ärzte ohne Grenzen“ arbeiten in allen Projekten mit nationalem Personal zusammen und legen Wert auf die Fort- und Weiterbildung der einheimischen Mitarbeiter. (*The National* 16.12.09, <http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/>)

Ausbrüche kosten Ministerjob

Ein erneuter Ausbruch von zwölf Gefangenen aus dem Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses bei Bomana hat Justizminister Tony Aimu seinen Job gekostet. Der

Ausbruch war gelungen, nachdem eine Besucherin, die als Rechtsanwältin verkleidet war, eine Handfeuerwaffe ins Gefängnis schmuggeln konnte. Unter den Flüchtigen waren drei Mörder sowie der landesweit bekannte und berüchtigte Bankräuber William Kapris.

Die Situation in den staatlichen Gefängnissen ist katastrophal. Im letzten Oktober versuchten die rund 500 Häftlinge des Gefängnisses in Mount Hagen (Western Highland Province) einen Kollektivausbruch, nachdem sie zwei Tage lang nichts zu essen bekommen hatten. Wochen später gelang 70 Häftlingen die Flucht aus dem Gefängnis von Lae, nachdem dort ein Gefängniswärter gefangen genommen werden konnte.

Premierminister Sir Michael Somare entließ den Justizminister und gab an, er wolle zukünftig dieses Amt selber ausfüllen. Er werde versuchen, den Strafvollzug aus der Krise zu führen, erklärte Somare. (BBC News 21.01.10, Radio Australia 21.01.10)

Somare will Sohn als Nachfolger

Premierminister Sir Michael Somare unterstützt seinen Sohn Arthur in seinem Bemühen um den Posten des Parteiführers der Partei "National Alliance" (NA). Die für die Bezirke Momase, Südliches Hochland und die Inseln zuständigen Parlamentarier beklagten diese Vetternwirtschaft. Somare hat bereits seiner Tochter Betha eine Stelle verschafft. Sie ist offizielle Pressesprecherin des Büros des Premierministers und damit die rechte Hand ihres Vaters. Betha Somare verneinte die Absicht Somares, sein Sohn solle ihm als Parteivorsitzender nachfolgen. Das seien Gerüchte. Wie mehrfach im Parlament besprochen, solle mit Somares Pensionierung sein bisheriger Stellvertreter Sir Puka Temu den Parteivorsitz der NA übernehmen.

Arthur Somare ist seit 1997 Abgeordneter im Nationalparlament für den Wahlbezirk „Angoram Open“ in der östlichen Sepik-Provinz. Der erstgeborene Sohn des Premiermi-

nisters hat während seiner Zeit im Parlament etliche Ministerämter innegehabt, u.a. die des Ministers für Kommunikation und die des Planungsministers. Nach Korruptionsvorwürfen, u.a. aufgrund Verflechtungen in die (illegalen) MACHENSCHAFTEN malaysischer Holzschlagskonzerne, trat Arthur Somare Ende 2006 von allen Ministerämtern zurück. (Post-Courier 28.01.10, <http://www.pm.gov.pg/>)

Neuer französischer Botschafter in PNG und den Salomonen

Alain Waquet ist neuer französischer Botschafter für Papua-Neuguinea und die Salomonen. Er hat sich bereits im Oktober 2009 bei Sir Paulias Matane, dem Generalgouverneur von Papua-Neuguinea, vorgestellt. Mitte Februar reiste er zur Vorstellung zu Sir Frank Kabui, dem Generalgouverneur auf den Salomonen.

Der 60-jährige Franzose ist verheiratet und hat vier Kinder. Er wurde zum Nachfolger von Patrick Boursin berufen, der in Rente gegangen war. Von 1988 bis 1992 war Waquet Botschafter in Französisch-Polynesien. Von 2000 bis 2002 übernahm der Diplomat den Botschafterjob in Wallis und Futuna. Zuletzt war er im französischen Innenministerium tätig. Waquet hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten, darunter den französischen Ritterorden der Ehrenlegion „Chevalier de la Légion d'Honneur“.

Bei seinem Besuch auf den Salomonen betonte Waquet die traditionell sehr guten französisch-salomonischen Beziehungen. Frankreich habe das Land bereits mehrfach unterstützt, zuletzt 2007 bei der Bewältigung der Auswirkungen des großen Tsunamis in der Western Province. Als aktuelles französisches Projekt benannte der Diplomat den Bau eines Krankenhauses auf der Insel Vanikoro, Temotu Province. (Flash d'Océanie 24.02.10, Oceania Flash 25.02.10, http://www.ambafrance-pg.org/article-imprim.php?id_article=313)

EU stiftet Schulbücher

Mit 94,7 Millionen Kina (1 Kina = 0,26 €) unterstützt die Europäische Union (EU) den Bildungssektor in Papua-Neuguinea. Allein 83,1 Millionen Kina sind für den Kauf von 2,6 Millionen Schulbüchern für die Grundschulen gedacht. Das sagte der EU-Botschafter Aldo Dell'Ariccia bei der Bekanntgabe der EU-Fördermittelvergabe in Port Moresby, wo er sich mit dem neuguineischen Bildungsminister Dr. Joseph Pagelio getroffen hatte.

Die EU-Gelder kommen aus dem „Education, Training and Human Resources Development Programme“. Mit ihnen sollen auch 240 Stipendien für die Grundschullehrerausbildung an den Lehrerausbildungsstätten in Dauli, Gaulim und Bomana finanziert werden. Außerdem sollen die Lehranstalten in Dauli und Gaulim renoviert werden, um den Studierenden bessere Lernbedingungen zu ermöglichen.

Schulbücher werden dringend benötigt in einem Land, wo sich bis zu fünf Schüler in Klassen mit 60 bis 80 Schülern ein einziges Lehrbuch teilen müssen. (Post-Courier 22.02.10)

BOUGAINVILLE

Momis kehrt zurück

Anfang des Jahres wurde John Lawrence Momis als Botschafter Neuguineas in China verabschiedet. Momis war freiwillig aus seinem Amt als Botschafter in Beijing ausgeschieden, weil er sich für eine Präsidentschaftskandidatur bei den diesjährigen Wahlen der Autonomen Provinzregierung von Bougainville entschieden hatte. Der chinesische Außenminister Yang Jiechi würdigte Momis Engagement für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Momis Rückkehr nach Papua-Neuguinea werde eine schmerzliche Lücke in der chinesischen „pazifischen Szene“ und in der diplomatischen Welt hinterlassen, sagte der Außenminister. Der neuguineische Diplomat habe sich aufgrund seiner politischen Kompe-

tenz und seines Wesens hohes Ansehen in China erworben.

John Momis wird als Parteivorsitzender für die Anfang des Jahres wiederbelebte Partei „New Bougainville Party“ (NBP) antreten. Im Falle eines Wahlsieges will sich diese Partei vor allem für gute Regierungsführung, den Kampf gegen die Korruption und den Friedensprozess einsetzen. Mit seiner Kandidatur strebt Momis das Präsidentenamt im „Autonomous Bougainville Government“ an.

Inzwischen haben die Wahlvorbereitungen auf Bougainville begonnen. Wahlkommissar Reitama Taravaru erklärte, mit Hilfe der Klanältesten in den 13 Wahlbezirken sei es gelungen, „erfundene“ Namen aus den Wählerverzeichnissen zu streichen. Bis zum 26. März müssen die Namenslisten mit den Wahlberechtigten fertig sein. (*New Dawn on Bougainville* 06.01.10, *Post-Courier* 18.01.10, 03.02.10, 12.02.10, <http://pngemmiyet.blogspot.com/2010/01/beijing-farewell-he-ambassador-john.html>)

Ergebnis konnte u. a. festgestellt werden, dass sich 85% der Befragten positiv über die Sicherheitssituation im Land äußerten. Seit Beginn der RAMSI-Mission fühlten sich die Befragten subjektiv sicherer im öffentlichen Raum. 74% der Interviewten erklärten, im Vergleich zur Befragung von vor zwei Jahren müssten sie mehr Geld für ihre Ernährung aufwenden. 85% beklagten die geringe Frauenquote im Parlament und 85% befürworteten die weitere RAMSI-Präsenz.

Premierminister Fono äußerte sich erfreut über die Ergebnisse der Volksbefragung. Sie gäben Aufschluss über die positiven Entwicklungen in den letzten beiden Jahren und seien ein guter Anreiz für die Regierung und für die RAMSI, ihre Arbeit fortzusetzen. Auch die Ergebnisse aus den anderen Themenbereichen wie etwa dem Gesundheitswesen seien aufschlussreich und könnten Anreize zur Verbesserung geben, erklärte Fono weiter. (*Pressemitteilung RAMSI* 24.02.10, *Solomon Times* 25.02.10)

Info: „World Vision“ ist ein christliches Hilfswerk mit den Arbeitsschwerpunkten nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit, Katastrophenhilfe und entwicklungspolitische Anwaltschaftsarbeit. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Unterstützung von Kindern und Familien und ihrem Umfeld im Kampf gegen Armut und Ungerechtigkeit. Als Christen unterschiedlicher Konfessionen helfen die Mitarbeiter von World Vision weltweit Menschen in Not, unabhängig von ethnischer Herkunft, Religion oder Nationalität. Das Hilfswerk arbeitet bereits seit 1970 im Pazifik. 1979 starteten die ersten Projekte im Bereich der Landwirtschaft und der Einkommensschaffenden Maßnahmen auf den Salomonen. 1983 hat die Organisation einen nationalen Zweig gegründet und ihr Büro in Port Moresby (Papua-Neuguinea) eröffnet. Inzwischen unterhält die Organisation auch Projekte in Fidschi und Tonga. (*Solomon Star News* 25.02.10, <http://www.worldvision.org/content.nsf/learn/world-vision-solomon>)

SALOMONEN

Dritte Volksbefragung durchgeführt

Mitte Februar wurde die dritte Volksbefragung der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Firma „ANU Enterprise“, eine kommerzielle Einrichtung der „Australian National University“, hatte für diese Studie über 5.000 Solomon Islander von 64 Interviewern befragen lassen. Die Interviewer waren in allen Provinzen unterwegs und führten sowohl Einzel- als auch Gruppenbefragungen durch. Die Ergebnisse der Befragung wurden nun von Premierminister Fred Fono und dem Koordinator der RAMSI (Regional Assistance Mission to the Solomon Islands), Graeme Wilson, in der Hauptstadt Honiara vorgestellt.

Im „People's Survey 2009“ ging es um acht Themenbereiche: Haushalt, Wirtschaftskraft, Beschäftigungsmöglichkeiten, Zugang zu Gesundheit und Sanitär, Recht und Gesetz, öffentliche Rechenschaft, Vertretung der Bürgerinteressen und Vertretung des Staates. Als

„World Vision“ stockt Personal auf

Das christliche Hilfswerk „World Vision“ hat ein neues Büro im „Kukum Highway Plaza“ im Osten der Hauptstadt Honiara bezogen. Der Umzug in die neuen Räumlichkeiten geschah auf Veranlassung von Curt Von-boguslawski, dem Projektreferenten des Hilfswerkes für die Länder Papua-Neuguinea, Vanuatu und Salomonen. Bei seinem letzten Besuch des World-Vision-Büros in Honiara fiel ihm die räumliche Beengtheit und Abgeschiedenheit des alten Büros auf. Zur Eröffnung der neuen Räume im Plaza-Hotel war Von-boguslawski eigens aus seinem Stammbüro in Port Moresby angereist. Im neuen Büro können nun auch mehr Mitarbeiter gleichzeitig arbeiten. „World Vision“ hat allein auf den Salomonen 100 Mitarbeitende, davon fünf „Expatriates“. 40 Angestellte arbeiten in Honiara. Schwerpunkte der Hilfsprojekte liegen in den Bereichen Ernährungssicherheit, Alphabetisierung und Trinkwasserversorgung.

Portugal finanziert kubanisch-salomonische Beziehungen

Anfang Februar haben die Salomonen diplomatische Beziehungen zu Portugal aufgenommen. Damit einher geht die Finanzierung der bereits seit März 2007 bestehenden Partnerschaft zwischen Kuba und den Salomonen. Portugal unterstützt diese Partnerschaft mit 100.000 US Dollar. Das Partnerschaftsabkommen zwischen Kuba und den Salomonen sieht bisher die Entsendung salomonischer Medizin-Studenten nach Havanna vor. Außerdem sind im Rahmen des Abkommens bereits seit mehr als zwei Jahren kubanische Ärzte und kubanisches Pflegepersonal auf den Salomonen im Einsatz.

Kuba unterhält seit einigen Jahren sogenannte „Süd-Süd-Programme“ mit pazifischen Inselstaaten, darunter Fidschi, Kiribati, Vanuatu, Samoa, Tonga, Tuvalu, Nauru und Papua-Neuguinea. Insgesamt nimmt die Universität in Havanna 40 Studierende aus den Inselstaaten auf.

Bezogen sich die Inhalte des Süd-Süd-Austausches bis dato überwiegend auf den Austausch medizinischen Personals, sollen in Zukunft auch die Themen Erziehung, Sport, Umwelt und Klimawandel in den Fokus genommen werden. Das gab der kubanische Außenminister Felipe Perez Roque bekannt. Bedingt durch das wirtschaftliche Embargo gegen sein Land könne Kuba zwar keine Entwicklungshilfefelder vergeben, sagte Roque, doch könne man mit einem viel wichtigeren Kapital punkten: Mit hervorragend ausgebildetem medizinischem Personal. (*Flash d'Océanie* 05.02.10)

† Sir Kelesi

Ende Dezember starb einer der Gründerväter der Unabhängigkeit der Salomon-Inseln, Sir Mariano Kelesimalefo Tuita, im Alter von 77 Jahren in Honiara. Mariano Kelesi wurde am 12. November 1932 auf der Insel Tauba (Provinz Malaita) geboren. Der mit zahlreichen Verdienstorden ausgezeichnete Politiker war bereits in den 1960er Jahren für die Provinzen Nord und Nordost-Malaita in der ersten Nationalversammlung der Salomonen. Zwischen 1970 und 1980 war er im Regierungsrat für die Provinzen Lau und Mbaelelea. Sir Kelesi gehörte auch zu der Delegation salomonischer Politiker, die 1978 zur britischen Königin Elisabeth II. reiste, um mit ihr und dem britischen Repräsentantenhaus über die Details der Unabhängigkeit des ehemaligen britischen Protektorats (von 1899 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, dann wieder ab 1945) zu verhandeln. Die Salomonen wurden am 7. Juli 1978 unabhängig. In den Jahren nach der Unabhängigkeit hatte Sir Kelesi diverse Ministerämter im Kabinett inne, er war u. a. Erziehungsminister, Innenminister und Arbeits- und Sozialminister. Auch im öffentlichen Dienst hatte Kelesi wichtige Ämter inne. So war er u. a. Direktor der „Central Bank of Solomon Islands“, Aufsichtsratsmitglied bei der Fischerei- und Tourismusbehörde und Mitglied im Bürgerrat. Ehrenamtlich engagierte sich der traditionelle Klanchef bei der Handelskammer und im „Rotary Club“.

In Würdigung seiner Verdienste um den Staat erhielt Sir Kelesi ein Staatsbegräbnis, bei dem Vizepremierminister Fred Fono die Grabrede hielt. (*Solomon Star News* 29.12.09, *Voices of Melanesia* 29.12.09)

FIDSCHI

„Mick“ fordert vier Opfer

Der erste große Sturm der pazifischen Sommersaison hat Mitte Dezember vier Menschen das Leben gekostet. Ein Teenager wurde von reißenden Wassermassen fortgerissen und ertrank, ein Kind wurde von einem Baum erschlagen.

Der Zyklon „Mick“ war mit Spitzengeschwindigkeiten von 150 Km/h über die fidschianische Hauptinsel Viti Levu gezogen. Zahlreiche Stromleitungen wurden niedergedrückt, die Straßen in der Hauptstadt Suva waren überschwemmt. 2.000 Menschen flüchteten aus beschädigten Häusern. Auf der Insel Yasawa wurde das Hotel „Octopus Resort“ am Strand schwer beschädigt. Die 60 Gäste harrten in einem eigens für Unwetter gebauten Schutzraum aus. Premierminister Frank Bainimarama musste seine geplante Reise zum Weltklimagipfel nach Kopenhagen absagen. (*Daily Telegraph* 15.12.09, *Fiji Times online* 14.12., 15.12.09)

Bainimarama kündigt Rückzug an

Der Militärkommandant und amtierende Premierminister des Militärregimes, Frank Bainimarama, hat angekündigt, er wolle sich 2014 aus der Politik zurückziehen. Für dieses Jahr hat er freie und demokratische Wahlen zugesagt.

Der am 27. April 1954 geborene Josaia Voreqe (Frank) Bainimarama ist seit dem 5. Januar 2007 Interims-Regierungschef der Übergangsregierung. Er übernahm die Macht in Fidschi zweimal mit militärischen Mitteln. Das erste Mal im Jahr 2000 als Reaktion auf einen vorherigen Putsch, der von George Speight angeführt wurde. Vom 29. Mai bis 13. Juli 2000 war er der

Kopf einer Interims Militärregierung, bevor er die Macht an Ratu Josefa Iloilo übergab. Im Dezember 2006 organisierte er einen weiteren Militärputsch, da die Regierung seiner Meinung nach zu lasch mit den Putschisten von 2000 umging. Iloilo billigte das Vorgehen des Militärs beim Putsch 2006 und vereidigte Bainimarama persönlich in sein Amt des Übergangs-Regierungschefs. Der „Supreme Court“ von Fidschi erklärte diese Vorgehensweise im Oktober 2008 für gesetzesmäßig und erlaubte damit die weitere Regierungsführung des Militärkommandanten. Trotz der Sanktionen seitens der Europäischen Union und dem Ausschluss aus dem „Pacific Islands Forum“ und dem britischen „Commonwealth of Nations“ weigerte sich Bainimarama, vor dem Jahr 2014 demokratische Wahlen durchführen zu lassen. Er benötige die Zeit bis dahin zur Bekämpfung von Korruption und zur Vorbereitung seines Landes auf die Demokratie, ließ Bainimarama wissen. (*Fiji Times* 11.02.10, <http://www.fiji.gov.fj/>, Wikipedia)

VANUATU

Zu viele Teenager-Schwangerschaften

Die Direktorin des Familien- und Frauenministeriums in Vanuatu (Department of Women's Affairs) äußerte sich Anfang des Jahres entsetzt über die hohe Zahl von minderjährigen Schwangeren im vergangenen Jahr. Ein großer Teil der insgesamt 2.492 Mütter war bei der Geburt zwischen 15 und 20 Jahre alt, beklagte Doros-Day Kenneth. Hier sei Aufklärungs- und Bildungsarbeit dringend nötig. Das Familienministerium werde sich in diesem Jahr Schulen und Kirchengemeinden als Kooperationspartner suchen, um über die Themen Sexualität und Verhütung zu informieren. Als Grund für die hohe Zahl der minderjährigen Mütter gab der Gynäkologe Dr. Jason Sly den geringen Bildungsstand der Mädchen an. Viele hätten keine oder nur eine geringe Schulbildung. Seiner Ansicht nach steige das Alter erstgebärender Frauen proportional zum Bildungsstand der Mädchen.

An erster Stelle müssten also Ausbildungschancen für junge Frauen geschaffen werden, riet Dr. Sly. (*Radio NZ International 05.01., 06.01.10*)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Französisch-tonganisches Militärabkommen

Die französische Regierung hat Ende Februar ein Abkommen über die militärische Zusammenarbeit mit dem Königreich Tonga geschlossen. Dabei sollen die in dem französischen Überseegebiet Neukaledonien stationierten französischen Soldaten mit dem pazifischen Nachbarstaat zusammenarbeiten. Das sogenannte „SOFA“-Abkommen (Status of Forces Agreement) regelt nun formal die seit einigen Jahren bestehende Zusammenarbeit auf militärischer Ebene zwischen Neukaledonien und Tonga. Das Besondere an SOFA ist der juristische Status der Soldaten bei einer militärischen Übung im Partnerland. Ab sofort fallen tonganische Soldaten bei einer Übung auf neukaledonischem Gebiet unter das französische Militärrecht. Das gilt auch umgekehrt bei dem Einsatz französischer Soldaten im unabhängigen Königreich Tonga.

Das Abkommen wurde gemeinsam vom tonganischen Premierminister Dr. Feleti Sevele und dem französischen Botschafter für Fidschi und Tonga, Michel Monnier, unterzeichnet. Monnier sagte in seiner Ansprache, mit der Vertragsunterzeichnung folge Frankreich einer langjährigen Tradition, denn bereits 1655 habe es den ersten schriftlichen Vertrag zwischen Frankreich und Tonga gegeben.

An der feierlichen Zeremonie nahm auch der französische Brigadegeneral Olivier Tramond teil. Tramond ist Oberkommandierender der französischen Streitkräfte in Neukaledonien und war eigens zur Vertragsunterzeichnung des SOFA nach Tonga gereist. Mit dem tonganischen König Tupou George V besprach Tramond auch die zukünftigen militärischen Übungen beider Länder. So ist in diesem

Jahr die größte Insel von Neukaledonien (Grande Terre) Schauplatz der „Operation Southern Cross“, einer Übung auf See, an der auch Streitkräfte aus Neuseeland und Australien beteiligt sind.

Info: Ein „Status of Forces Agreement“ (SOFA) ist eine Vereinbarung zwischen einem Land und einer anderen Nation, die ihre Truppen dort stationiert hat. Das SOFA wird eingesetzt, um die Bedingungen zu klären, unter denen die im Gastland stationierten Truppen sich verhalten dürfen. Rein militärische Vereinbarungen werden meist jedoch durch andere Abkommen geklärt. Ein SOFA befasst sich mehr mit dem Rechtsstatus von Personen und Eigentum. Dies umfasst die Ein- und Ausfuhr von Gütern, Postdienste, Steuern und vor allem zivil- und strafrechtliche Belange. So wird festgelegt, welche Summe die Streitkräfte bei einem Unfall im Gastland zu zahlen haben oder nach welchem Recht Straftaten verurteilt werden.

Tonga hat mit zwei weiteren Staaten SOFAs unterzeichnet: mit den USA und mit Kuwait. Die Vertragsunterzeichnung mit Kuwait war nötig geworden, als tonganische Streitkräfte vor ihrem Einsatz im Irak zur Militärausbildung nach Kuwait mussten. (*Matangi Tonga 25.02.10, Oceania Flash 26.02.10, Wikipedia*)

Einbruch im Tourismus

Die im Februar vorgelegte Auswertung der Tourismuszahlen für das Jahr 2009 ergab den niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Kamen in den zurückliegenden Jahren immer mindestens 100.000 Besucher nach Neukaledonien, waren es im letzten Jahr nur 99.379. Private Tourismusanbieter beklagten die übergroße Abhängigkeit von Touristen aus dem französischen Mutterland. Sie machen allein 27% der Besucher aus. 18,7% der Gäste kamen aus Australien und Neuseeland, 19% aus Japan.

Im letzten Jahr reisten erstmals mehr Menschen aus Neukaledonien aus statt ein: 119.035 Neukaledonier verließen kurzzeitig privat oder geschäftlich das Land.

Die Tourismusbehörde beauftragte das Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen KPMG mit einer Studie über den Rückgang des Tourismus. KPMG kam zu dem Ergebnis, dass das Land an einer einheitlichen Präsentation seiner touristischen Vorzüge arbeiten muss. Bislang stellen sich nämlich die drei Provinzen des Landes als eigenständige Ziele vor und wetteifern um die Gunst der Besucher. Außerdem sollte die Werbung für den Besuch des Landes nicht so sehr im fernen Frankreich gemacht werden, sondern sich auf die pazifischen Nachbarstaaten konzentrieren. Zum Vergleich: Nach Vanuatu reisen jährlich über 100.000 Touristen, nach Fidschi sogar über 600.000.

Außerdem riet KPMG dazu, eher das gehobene reiche Publikum anzusprechen, da schon die Flugreise sehr teuer ist und die Lebenshaltungs- und Aufenthaltskosten im Vergleich zu anderen pazifischen Destinationen enorm hoch sind. Dieses Publikum gewinne man durch Investitionen in die „teureren“ Freizeitaktivitäten Tauchen, Golfen, Trekking und Öko-Tourismus, erklärte der Projektleiter der KPMG-Studie, Jacques Godron. In das gleiche Horn stieß auch der Direktor des „Le Méridien Nouméa Resort“, Georges Torrani. Dieser konnte im vergangenen Jahr nur eine Auslastung von 40% des 5-Sterne-Hotels bekanntgeben, das ist die niedrigste Beherbergungsquote seit der Eröffnung des Hauses 1995. (*Oceania Flash 25.02.10, <http://www.newcaledonia.co.nz>*)

MIKRONESIEN

DFG fördert dreijähriges Editionsprojekt der Bremer Linguistik zum Chamorro

Bremen: Seit 1996 wird von der Bremer Linguistik über das Chamorro, die austronesische Ethnosprache der Marianen-Inseln im Westpazifik erfolgreich geforscht. Während des weltweit ersten Festivals der Sprachen (17.9.-7.10.2009) in Bremen gründeten

Fachleute aus zehn Staaten mit CHIN („Chamorro Linguistics International Network“) die erste internationale Organisation, die sich der Erforschung, dem Erhalt und dem Ausbau des vom Aussterben mittelbar bedrohten Chamorro widmet. Der Sitz von CHIN ist in der Uni Bremen (<http://www.fb10.uni-bremen.de/chin/>), der Bremer Linguistik-Professor Thomas Stolz Vizepräsident der Gesellschaft. Ihm hat nun die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ein dreijähriges Projekt mit einem Finanzvolumen von 320.000 Euro bewilligt.

Unter dem Titel „Chamorrica - die kommentierte (Neu-)Edition und Übersetzung der frühen nicht englischsprachigen Quellen zum Chamorro (1668-1950)“ wird Professor Stolz mit zwei Doktorandinnen ab April 2010 die zahlreichen und zum Teil bis heute nicht veröffentlichten Texte aus der spanischen, deutschen und japanischen Kolonialzeit aufbereiten, übersetzen, kommentieren und herausgeben. In diesen Texten wird das Chamorro aus der Sicht der verschiedenen Kolonialherren beschrieben (Grammatiken, Wörterbücher) bzw. als zur Vermittlung religiöser, philologischer und historischer Inhalte in nicht muttersprachlicher Form verwendet.

Den heutigen Sprechern des massiv vom auf den Marianen dominanten Englisch bedrängten Chamorro sind diese Texte zum allergrößten Teil unbekannt und unzugänglich, auch weil Kenntnisse in den Sprachen der früheren Kolonialherren fehlen. Durch das Projekt wird der an zeitgenössischen Schriftquellen relativ armen Chamorrosprecherschaft ein wertvolles Kulturgut aus ihrer Vergangenheit verfügbar gemacht. Zum einen deckt das Projekt auf, wie die auswärtigen Kolonialherren das Chamorro wahrgenommen, verstanden oder missverstanden haben. Zum anderen können die edierten Quellen der heutigen Sprecherschaft Mittel für den Ausbau ihrer Sprache in die Hand geben, da in ihnen längst vergessene Wörter, Konstruktionen, idiomatische Wendungen usw. belegt sind, die wiederbelebt werden können. Damit wird auch ein Beitrag zum Erhalt der Sprache geleistet.

Das Projekt wird im Interesse und mit Einverständnis der Chamorro-Ethnie durchgeführt. Die Bremer Linguisten kooperieren dabei nicht nur mit der Universität Guam und dem „Northern Marianas Humanities Council“ vor Ort, sondern auch mit der „University of Southern California“ (Santa Cruz) und der „Asociación de Estudios del Pacífico“ (Madrid) sowie anderen Mitgliedern von CHIN. Die seit 2007 bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen der Universität Guam und der Universität Bremen wird somit im Bereich Forschung umgesetzt. (Pressemittteilung Nr. 387 der Universität Bremen, 03.12.09)

Knapp 20.000 Ausländer gezählt

Nördliche Marianen: Knapp 20.000 Ausländer leben im „Commonwealth of the Northern Mariana Islands“. Das ist das Ergebnis eines im Dezember durchgeführten Zensus. Alle Menschen, die nicht zu einem Mitgliedsstaat des Commonwealth gehören, waren aufgefordert worden, sich bei den Behörden zu melden. Dabei mussten viele sich nicht persönlich eintragen, sondern ließen das durch ihre einheimischen Arbeitgeber erledigen. Von den ermittelten knapp 20.000 Ausländern sind die meisten mit einem Arbeitsvisum im Land, nur wenige haben den Status des „miteingereisten Familienangehörigen“. Nach Angaben der mit der Volkszählung betrauten Kommission waren die meisten Ausländer mehr als bereit, ihre Daten zu melden. Viele erhoffen sich von der Erfassung die Verbesserung ihres Aufenthaltsstatus. Ausländer, die bereits seit mehreren Jahren in Diensten einheimischer Arbeitgeber stehen, könnten eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekommen. Das betrifft vor allem philippinische Hausangestellte und chinesische Fabrikarbeiter.

Die Ermittlung der Zahl der Ausländer in den Nördlichen Marianen war durch ein US-amerikanisches Gesetz nötig geworden (Gesetz 110-229), dass das amerikanische Innenministerium dazu zwingt, die genaue Anzahl der Ausländer an den amerikanischen Kongress zu

melden. Mit dem neuen Gesetz haben die Nördlichen Marianen auch das Recht auf die Kontrolle der Einwandererzahlen verloren. Ab sofort reguliert das US-Innenministerium die Quoten für Gastarbeiter und Langzeitaufenthalte. (Saipan Tribune 30.12.09, <http://lawprofessors.typepad.com/immigration/2009/05/congressional-hearing-public-law-110229-to-the-commonwealth-of-the-northern-mariana-islands-cnmi-and.html>)

Hohe TBC-Quote

Marshallinseln: Laut einer Statistik des amerikanischen „Centers for Disease Control and Prevention“ (CDC) haben die Marshallinseln von allen amerikanischen Treuhandgebieten im Pazifik die höchste Zahl an Tuberkuloseerkrankungen. Mit 197,7 pro 100.000 Personen liegt die Quote rund 50mal höher als im amerikanischen Durchschnitt (4,2 Personen). In den föderierten Staaten von Mikronesien sind 169 von 100.000 Menschen an Tuberkulose erkrankt, auf Palau sind es immerhin noch 82,1. Relativ niedrig ist die Quote in Hawai'i mit nur 9,6 Erkrankten pro 100.000 Personen.

Info: Die Tuberkulose (früher: Schwindsucht) ist eine bakterielle Infektionskrankheit, die häufig die Lungen befällt. Sie führt die Statistik der tödlichen Infektionskrankheiten an. Allein 2006 starben weltweit 1,5 Millionen Menschen an TBC. Das CDC geht von durchschnittlich zwei Millionen Todesopfern jährlich aus. Bislang gibt es noch keinen wirksamen Impfstoff. (<http://www.cdc.gov/>, *The Marshall Islands Journal* 15.01.10)

Assoziierungsvertrag bis 2024 verlängert

Palau: Der Assoziierungsvertrag zwischen der Republik Palau und den Vereinigten Staaten von Amerika ist um weitere 15 Jahre verlängert worden. Der zwischen beiden Staaten nach der Unabhängigkeit Palaus 1994 geschlossene „Compact of Free Association“ sollte am 30. September 2009 enden. Anschließend sollte ein Treuhandfonds („Compact Trust Fund“) zu-

künftige Einnahmen für Palau sichern.

Bei einem Treffen des palauischen Präsidenten Johnson Toribiong mit Mitarbeitern der „US Compact Review Advisory Group“ in Hawai'i Ende Januar beschloss man die Verlängerung des Vertrages um weitere 15 Jahre von 2010 bis 2024. Als Gegenleistung für die Bereitschaft der Palauer, ihr Territorium einschließlich der Gewässer für militärische Zwecke zu nutzen, zahlen die USA 250 Millionen US Dollar. Im Gespräch war zuvor die Zahlung von nur 156 Millionen US Dollar. Toribiong bestritt, dass die höhere Zahlung mit der Aufnahme der sechs aus dem US-Gefangenenlager Guantanamo entlassenen Uiguren zusammenhänge. Es bestünde keinerlei Zusammenhang, die ehemaligen Häftlinge aus der chinesischen Provinz habe man aus Freundschaft zu den USA aufgenommen und dafür keine Gegenleistung erwartet.

Der Assoziierungsvertrag regelt auch, dass die USA weiterhin für die Verteidigung und die Außenpolitik Palaus zuständig sind. Die militärischen Anlagen der Amerikaner in Palau werden laut Vertrag bis 2044 bestehen bleiben.

(Radio NZ Intern. 28.01.10, Marianas Variety 03.02.10, Assoziierungsvertrag Palau-USA online, Wikipedia)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

Footballstars spenden für Tsunami-Opfer

Amerikanisch-Samoa: Spieler des US-amerikanischen „American Football“-Teams „Cincinnati Bengals“ haben dem Gouverneur von Amerikanisch-Samoa bei einem Besuch im Februar einen Scheck über 40.500 US Dollar überreicht. Die ursprünglich aus US-Samoa stammenden Spitzensportler hatten vor einem Spiel in der „Tri-State Area“ im US-amerikanischen Bun-

desstaat Cincinnati Autogramme gegen Spenden gegeben sowie Trikots und andere Werbegegenstände der „Bengals“ versteigert. Über 2.000 Sportbegeisterte Fans spendeten für die Tsunami-Opfer von Amerikanisch-Samoa, wo am 29. September 2009 einer der schwersten Flutwellen der letzten Jahre weite Küstenabschnitte zerstört hatte.

Die Spieler Domata Peko, Jonathan Fanene und Rey Mauuluga waren zur Scheckübergabe eigens in das Büro des Gouverneurs Togiola Tulafono nach Utulei (Pago Pago) gereist. Dieser revanchierte sich für die großzügige Spende mit der Übergabe eines Verdienstordens, mit der der besondere Einsatz der Samoaner für die Regierung ihres Heimatlandes belohnt wird. Erstmals erhielten drei Sportler diese Medaille, die eigentlich verdienten samoanischen Soldaten in Diensten der US-Armee vorbehalten ist. Die drei Spieler, die in Begleitung von Familienangehörigen nach Pago Pago gereist waren, nutzten den Aufenthalt zu einem Besuch bei ihren Familien und Freunden.

Die samoanische Bevölkerung kannte die Footballspieler bereits aus dem Fernsehen, da ein Produzent des amerikanischen Medienkonzerns CBS, Peter Radovich, erst kürzlich für die Reihe „60 Minuten“ ein Porträt zum Thema „Football Island“ in US-Samoa gedreht hatte.

Info: American Football ist eine aus den USA stammende Ballsportart. Football ist ein Teamsport, der Taktik und körperliche Kraft miteinander kombiniert. Im Verlauf eines Spiels versuchen zwei Mannschaften aus je elf Spielern, den Spielball in Form eines verlängerten Rotationsellipsoids („Ei“) in die gegnerische Endzone zu bringen oder ein „Field Goal“ zu erzielen, um Punkte zu gewinnen. *(Samoa News 09.02.10, <http://www.bengals.com/>, Wikipedia)*

Justizpalast eingeweiht

Samoa: Ende Januar hat der samoanische Premierminister Tuilaeapa Sailele Malielegaoi den mit chinesischen Geldern erbauten neuen Justizpalast in einem Vorort der Hauptstadt Apia eingeweiht. An der Einweihungsfeier nahmen auch Mitglieder einer chinesischen Delegation unter Leitung eines Mitgliedes des Nationalen Volkskongresses teil. Chen Changzi, der Vize-Präsident einer Kammer im Kongress, war mit Kollegen nach Samoa gereist, um sich in den parlamentarischen Kreisen der Regierung vorzustellen.

Bereits Anfang des Jahres hatte es einen Vertragsabschluss zwischen dem chinesischen Botschafter in Samoa und dem samoanischen Premier über die Finanzierung eines neuen Krankenhauses und eines neuen Gesundheitsministeriums gegeben. Der chinesische Botschafter betonte bei der Vertragsunterzeichnung die hervorragenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Samoa und China.

Den Justizpalast hatte sich China 15 Millionen US Dollar kosten lassen. Mit weiteren rund 60 Millionen US Dollar sollen nun Krankenhaus und Ministerium erbaut werden.

Der Justizpalast ist ein moderner dreistöckiger Bau mit zwei großen Gerichtssälen, vier kleineren Verhandlungsräumen, Büros sowie einer eigenen Abteilung für den Justizminister und seine Angestellten. *(Flash d'Océanie 29.01.10, Radio NZ International 17.01.10)*

† 'Ilaisa Futa Helu

Tonga: Am 2. Februar verstarb im Alter von 75 Jahren der tonganische Philosoph Dr. 'Ilaisa Futa 'i Ha'angana Helu im Vaiola Krankenhaus auf der Insel Tongatapu.

Futa Helu wurde am 17. Juni 1934 in Lotofoa auf der Insel Foa (Ha'apai-Archipel) geboren. Er gehörte 1947 zu den ersten zwölf Schülern der neu gegründeten „Tonga High School“. Von 1953 bis 1961 studierte er am australischen Newington College und an der Universität in Sydney die Fächer Phi-

osophie, Englisch, Literatur, Mathematik und Physik. Nach seiner Rückkehr nach Tonga bemühte sich Futa Helu zunächst um Schüler mit Lernschwierigkeiten. 1963 gründete er in der tonganischen Hauptstadt Nuku'alofa die Abend-schule „Atenisi“ (dt: Athen), die 1964 zur Highschool und 1976 zur Universität weiterentwickelt wurde. Futa Helu wählte den Namen „Atenisi“ als Hommage an die griechischen Philosophen, vor allem an Heraklit. Bis zu seiner Pensionierung 2007 leitete Futa Helu dieses „Atenisi Institut“. In dieser Zeit veröffentlichte er zahlreiche Publikationen über die traditionelle tonganische Kultur und Lebensweise. 1999 verlieh ihm die „University of the South Pacific“ im Fachbereich Literaturwissenschaft die Ehrendoktorwürde.

Futa Helu hinterlässt sechs Kinder aus seiner Ehe mit der 2008 verstorbenen Kaloni Schaaf.

(<http://atenisi.edu.to/>, *Matangi Tonga* 03.02.10, *Wikipedia*)

Futuna ohne Könige

Futuna: Das Königreich Futuna, Teil des französischen Überseegebietes „Wallis und Futuna“, hat seit Ende Januar keinen König mehr. Der 65-jährige Petelo Vikena, der erst im November 2008 zum König ernannt worden war, trat unter dem Druck der vier wichtigsten Klane zurück. Er hatte die Position des „Tuigaifo“ inne.

Auf der Insel Futuna gab es bisher zwei Königreiche: Das Königreich von Sigave unter Regentschaft des sogenannten „Tuisigave“ und das Königreich von Alo unter Führung des „Tuigaifo“. Ein drittes Königreich gibt es auf der Insel Wallis. Hier regiert seit Juli 2008 Kapiliee Faupala. Er wurde zum Nachfolger von Tomasi Kulimoetoke bestimmt, der im Mai 2007 mit 87 Jahren gestorben war und rekordverdächtige 48 Jahre als König gedient hatte.

Der König von Alo war erst im November 2008 bestimmt worden, nachdem der Königsthron seit Februar 2008 verwaist gewesen war. Die vier regierenden Klane konnten sich nicht auf einen Nachfolger des

vorherigen Königs einigen. Ihre Wahl fiel auf Petelo Vikena, einen Familienvater mit elf Kindern. Schon bei der Wahl hatte es Proteste aus der Bevölkerung und von anderen weniger wichtigen Familienclans gegeben, da Vikena den überwiegenden Teil seines Lebens im Ausland verbracht hatte und ihm deshalb die Königswürde nicht zugebraut wurde. Vikeno hatte jahrelang in Frankreich bei der französischen Armee gedient und war später als Stadtverordneter in Nouméa (Neukaledonien) tätig.

Mit dem erzwungenen Rücktritt von Vikena ist Futuna nun „Königslos“, denn der König von Sigave war ebenfalls vor einigen Monaten zum Rücktritt gezwungen worden.

Info: Auf den Inseln des französischen Überseegebietes leben, ca. 15.200 Menschen, davon 34 % auf Futuna. Futuna war 1616 von holländischen Seefahrern entdeckt worden, Wallis 1767 von dem britischen Seefahrer Samuel Wallis. 1842 erklärte Frankreich das Gebiet zu seinem Protektorat und 1959 entschieden sich die Bewohner für den Status des französischen Überseegebietes. Offizielle Unabhängigkeitsbestrebungen gibt es nicht. (*Radio RFO* 26.01.10, <http://www.outre-mer.gouv.fr/?-wallis-et-futuna-.html>, *CIA World Factbook*)

Festival zur Sturmflut

Tuvalu: Erstmals haben staatliche und nicht-staatliche Organisationen auf Tuvalu anlässlich der ersten saisonal bedingten Sturmflut („King Tide“) vom 26. Februar bis zum 1. März das „Cultural King Tides‘ Festival“ veranstaltet. Das Fest stand unter dem Motto „*Tuvalu- The tide is high!*“. Bei dieser ersten und gleichzeitig höchsten Sturmflut des Jahres steht ein Großteil des größten Korallenatolls Funafuti mit seiner gleichnamigen Hauptstadt unter Wasser.

Während des dreitägigen Festivals gab es rund um das Atoll sportliche Wettkämpfe, Tanz- und Gesangswettbewerbe, Wettbewerbe im „story-telling“ sowie Theateraufführungen. An Ständen konnten die für Tuvalu typischen handwerklichen

Produkte käuflich erworben werden. Auch traditionelle Nahrungsmittel aus den wenigen Gärten wurden angeboten.

Ziel des Festivals war die Bewußtseinsmachung dessen, was durch den Klimawandel verloren geht, wenn Tuvalu als erster pazifischer Staat buchstäblich im Meer versinken sollte bzw. in naher Zukunft durch Trinkwasser- und Nahrungsmittelknappheit unbewohnbar werden sollte.

Die Ausrichter des Kunst- und Kulturfestes, darunter u. a. das Tourismusministerium, die Handelskammer, das Jugendamt, der Wetterdienst, der Nationale Frauenrat und die Umweltschutzorganisation „Alofa Tuvalu“, wollten aufzeigen, wie groß der Verlust ihres kulturellen Erbes durch Folgen des Klimawandels werden wird.

Das Festival war Bestandteil eines Projektes mit dem Namen „Small is Beautiful“. Hierbei handelt es sich um ein Projekt der „Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur“ (UNESCO) im Rahmen der „Dekade der Erziehung zur Nachhaltigkeit“ (Decade of Education for Sustainable Development). Im Rahmen dieser Dekade soll das kulturelle Erbe der polynesischen Atollnation auch in Zeiten des Klimawandels für zukünftige Generationen bewahrt werden. Bei dem Projekt geht es um die Auslotung der Möglichkeiten, wie Tuvalu auf die Folgen des Klimawandels mit internen Mitteln reagieren kann, also z.B. durch die Nutzung erneuerbarer Energien oder die Wasseraufbereitung. Auch die Frage nach der möglichen Umsiedlung der Inselbewohner wird bei „Small is beautiful“ nicht ausgeklammert. (<http://www.esd-world-conference-2009.org/en/esd-projects-exhibition/asia-and-the-pacific.html>, *Pressemitteilung Alofa Tuvalu* 10.02.10)

Hohe Missbrauchsquote

Kiribati: Rund 70% aller Frauen in Kiribati werden mindestens einmal im Leben Opfer von Missbrauch durch ihren Ehemann oder nahe Angehörige. Das ist das Ergebnis

einer Befragung des „Ministry of Internal and Social Welfare“. Demnach werden Frauen geschlagen, bedroht und schlimmstenfalls vergewaltigt, oft von Cousins oder Brüdern des Ehemannes. Die meisten Taten geschehen dabei im häuslichen Umfeld. 19% der Opfer sind Mädchen unter 15 Jahren, so das Ministerium. Nach Bekanntgabe der Studie wandten sich Frauenorganisationen und Kirchen an die Regierung mit der Bitte, sich des Problems der häuslichen Gewalt verstärkt anzunehmen. (*Banaban Voices 08.12.09, Marshall Islands Journal 11.12.09*)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Atomtestveteranen kritisieren frz. Gesetz

Nachdem im vergangenen Jahr der Französische Senat das Gesetz „Morin“ verabschiedet hat, das Opfer der französischen Atomtests in Algerien und in Französisch-Polynesien entschädigen soll, gingen in Papeete (Tahiti) etwa 2.000 Demonstranten auf die Straße. Kritiker des Gesetzes wie die Atomtestveteranenvereinigungen „Moruroa e Tatou“ (Französisch-Polynesien) und AVEN (Frankreich) bemängeln, dass das Gesetz nicht umfassend genug sei. Darin werden lediglich 18 Krankheiten als Folgen der radioaktiven Verstrahlung nach den Atomtests auf den Testgeländen und in der Umgebung anerkannt, u. a. Leukämie und Schilddrüsenkrebs. Die Vereinigungen fordern jedoch, die Liste auf 20 Krankheiten auszuweiten. Anfänglich wollte der französische Haushaltsminister Éric Woerth nur 13 Krankheiten in die Liste aufnehmen, doch Premierminister François Fillon setzte die 18 Krankheiten durch. Diese 18 wurden vom „Wissenschaftlichen Komitee für die Folgen Atomarer Strahlung“ der Vereinten Nationen festgelegt. Menschen, die in den Testgebieten an Krankheiten aus dieser Liste leiden, können mit dem neuen Gesetz auf Entschädigungsleistungen klagen. Die Vereinigungen wollen zudem

eine Ausweitung der Region, auf die das Gesetz angewendet wird. Beispielsweise wurden auch Inseln wie Mangareva dem nuklearen Niederschlag ausgesetzt. Die erkrankten Menschen dieser Gebiete werden in dem Gesetz jedoch nicht berücksichtigt.

Info: Zwischen 1966 und 1996 führte die französische Regierung in Französisch-Polynesien auf den Atollen Moruroa und Fangataufa 46 oberirdische und 147 unterirdische Tests durch, hauptsächlich auf Moruroa. In den Jahren 1960 bis 1965 testete das französische Militär in der Wüste von Algerien. Etwa 150.000 Menschen arbeiteten damals auf den Testgeländen. Viele sind heute an den Folgen der radioaktiven Strahlung erkrankt bzw. ihren Krankheiten erlegen.

Ebenso wie ihre Kollegen in Französisch-Polynesien und Algerien streben auch Veteranen der britischen Atomwaffentests in Australien Ausgleichszahlungen für das entstandene Leid an. Eine Gruppe australischer Betroffener will nun eine Sammelklage gegen das Britische Verteidigungsministerium in Großbritannien einleiten. Zwar sind sehr viele der Opfer bereits verstorben, doch wird erwartet, dass sich etwas 250 bis 300 ehemalige Arbeiter bzw. deren Witwen dem Fall anschließen. (*Text von Katja Göbel. Quellen: Radio New Zealand International 23.12.09, Tahitipresse 18.01., 03.02.10, Radio Australia 01.02.10*)

Multimillionär Flosse behauptet, bescheiden zu leben

Frz.-Polynesien: Die Ermittlungen gegen den Senator und ehemaligen Präsidenten Französisch-Polynesiens Gaston Flosse, der Ende Dezember gegen eine Kautiön aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, laufen weiter auf Hochtouren. Flosse wird unter anderem verdächtigt, Millionen an Bestechungsgeldern kassiert zu haben. Auf die Frage des Untersuchungsrichters, von welchem Geld Flosse sich ernährt und gekleidet hätte, da von seinem offiziellen Konto, auf das sein großes Gehalt gezahlt wurde, nur die Strom- und

Wasserrechnung seines Hauses beglichen wurde, antwortete Flosse, er habe keine Ausgaben für Lebensmittel und Kleidung gehabt. Er habe stets in der Kantine des Präsidentenpalastes gegessen und immer denselben Anzug getragen. Die von dem französischen Unternehmer Hubert Haddad an ihn gezahlten Bestechungsgelder habe Flosse nur dazu verwendet, Unterhalt für seine zahlreichen unehelichen Kinder zu zahlen, was nach Meinung von Flosses Anhängern keine private, sondern eine gemeinnützige Ausgabe gewesen sei. (*Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Tahitipresse, Tahiti-Pacifique*)

Sarkozy fordert Änderung des Wahlsystems und verbietet Unabhängigkeit

Frz.-Polynesien: Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat im Zuge einer Grundsatzerklärung zur Überseepolitik auf der Insel Réunion im Indischen Ozean eine erneute Überarbeitung des Wahlsystems Französisch-Polynesiens gefordert. Die beiden letzten Änderungen der Jahre 2004 und 2007 hatten jeweils zu Wahlergebnissen ohne klare Mehrheiten geführt, weshalb das Land seit sechs Jahren in einer permanenten politischen Krise steckt und die Regierung alle paar Monate wechselt. Sarkozy meinte, es sei nicht tolerierbar, dass die Einwohner des Landes in Zeiten der Wirtschaftskrise unter den Kapriolen ihrer Politiker zu leiden hätten und kündigte die Ausarbeitung eines neuen Wahlsystems im Laufe dieses Jahres an. In Tahiti wurde dies mit Skepsis aufgenommen, da Sarkozys Regierung bereits mit dem gleichen Ziel die letzte Wahlrechtsänderung im Jahre 2007 unternommen hatte, ohne das gewünschte Ergebnis zu erzielen.

Besorgnis erregte Sarkozys Äußerung, die Unabhängigkeit sei eine „unüberschreitbare rote Linie“ für die französischen Überseegebiete. Befürworter der Unabhängigkeit in Französisch-Polynesien und Neukaledonien zeigten sich empört und meinten, dies widerspreche dem sowohl in der französischen Verfassung als auch in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrie-

benen Recht auf Selbstbestimmung. (Artikel von Lorenz Gonschor, *Hawai'i*. Quellen: *Tahitipresse*, *Tahiti-Pacifique*)

„Oli“ richtet große Zerstörungen an

Frz.-Polynesien: Anfang Februar hat der Zyklon „Oli“ weite Teile Französisch-Polynesiens getroffen. Das Auge des Sturms lag bei der kleinen Insel Tubuai (Austral-Inseln). Hier wurden rund 200 Wohnhäuser zerstört, ein etwa 40-jähriger Mann starb. Der Wind erreichte in Böen eine Geschwindigkeit von 260 km/h. Sechs Meter hohe Wellen brandeten an die Küste. Der Zyklon erreichte die Stufe 4 auf der Skala von 1 bis 5.

Auf den touristischen Hauptinseln Tahiti und Bora Bora sind vor allem Straßen und Brücken zerstört worden. 40% der gesamten Infrastruktur auf Bora Bora war von Zerstörungen betroffen. Rund 600 Touristen saßen in den Resorts auf der beliebten Ferieninsel fest. Wasser, Strom und Telefonverbindungen waren für vier Tage ausgefallen bzw. nur sporadisch verfügbar. 4.000 Menschen verließen ihre zum Teil zerstörten Häuser und fanden Unterschlupf in Gemeindesälen und Sporthallen. Zufällig befand sich Marie-Luce Penchard, die Staatssekretärin für die französischen Überseegebiete, gerade zu Besprechungen vor Ort. Sie verlängerte spontan ihren Aufenthalt und half bei der Koordination der sofort von der Territorialregierung eingeleiteten Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen. Präsident Gaston Tong Sang erklärte den nationalen Notstand, so dass Gelder aus dem französischen Katastrophenhilfefonds freigemacht werden konnten. Die Behörden gehen von Schäden in Höhe von ca. 11,2 Millionen US Dollar aus.

Oli war nach Angaben des Meteorologischen Dienstes der zweitstärkste Sturm in der Geschichte Französisch-Polynesiens. (*Radio RFO* 04.02.10, *Oceania Flash* 05.02, 08.02.10, *diverse Videos auf Youtube*)

Anti-Raucher-Gesetz geändert

Frz.-Polynesien: Die Territorialregierung von Französisch-Polynesien hat ihr Anti-Raucher-Gesetz um einige Ausnahmen erweitert. So darf ab sofort in eigens abgetrennten Räumlichkeiten in Hotels und Gaststätten geraucht werden. Das Anti-Raucher-Gesetz war im Februar 2009 eingeführt worden. Ein Jahr später mussten die Regierungsverantwortlichen feststellen, dass sich die strengen Gesetze nicht in allen Situationen anwenden ließen, da sich die rauchende Bevölkerung weigerte, in Restaurants und in Hotels auf ihre Zigarette zu verzichten. Die Nationalversammlung billigte daher nun die Ausnahme und genehmigte das Rauchen auch in öffentlichen Gebäuden, sofern abgetrennte Räume zur Verfügung stehen. Selbst in Bürogebäuden darf nun wieder geraucht werden, wenn dafür ein eigener Raum zur Verfügung gestellt wird. Einzige Ausnahme: In einer Zone von 100 m rund um Kindergärten und Schulen darf auf keinem Fall dem Laster gefrönt werden. (*Tahitipresse* 25.01.10, 09.02.10, <http://www.tobacco.org/news/296012.html>)

HAWAI'I

Mit natureOffice für Klimaschutz

Die hawaiische Druckerei „Hagadone Printing“ hat sich in Sachen Umwelt- und Klimaschutz von der deutschen Firma „natureOffice“ beraten lassen und dadurch die Zertifizierung über klimaneutralen Druck erhalten. Hagadone ist die führende Druckerei im Bereich Bogen- und Rollenoffset-Druck in Hawai'i. Sie beliefert die gesamte Inselgruppe mit Print-Produkten. Mit Hilfe von natureOffice hat die Druckerei nun den „klimaneutralen Druck“ in ihr Angebotssortiment aufgenommen. Das Buch „Rainbows over Kapa'a“ von Bill Fernandez ist das erste klimaneutral produzierte Druckwerk auf Hawai'i. Man werde zukünftig allen Kunden die Möglichkeit geben, gegen Mehrpreis ihre Printprodukte klimaneutral drucken zu lassen, erklärte Erwin Hu-

delist, der Präsident von Hagadone Printing.

Klimaneutrales Drucken bedeutet, dass alle CO₂-Emissionen, die beim Druckvorgang selbst sowie bei der Herstellung der benötigten Materialien (Papier, Energie, Farbe, etc.) entstehen, berechnet, ausgewiesen und mittels Klimaschutz-Zertifikaten ausgeglichen (kompensiert) werden.

Bereits seit 15 Jahren betreibt die Druckerei ein Recycling-System für Papier. Dazu werden in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen Papiertonnen aufgestellt, die von Hagadone Printing in regelmäßigen Abständen geleert und einem eigenen Recycling-System zugeführt werden. Die Druckerei wirbt mit dem Slogan „PrintGreen“.

Info: Die in Frankfurt ansässige Firma natureOffice berät Unternehmen bei der Entwicklung und Umsetzung aktiver und nachhaltiger Klimaschutz-Strategien und macht ein Klimaschutz-Engagement durch Prozesslösungen auf breiter Basis möglich. Das Unternehmen berät hinsichtlich der Verbindung von Ökologie und Ökonomie.

(<http://www.natureoffice.com/de/>, <http://www.hagadoneprinting.com/>)

Rezession zwingt Schulen und Ämter zur Schließung an Freitagen

Da die Regierung des US-Bundesstaates Hawai'i aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise und hoher Staatsverschuldung seit letztem Jahr praktisch pleite ist, ordnete Gouverneurin Linda Lingle Mitte letzten Jahres per Dekret sogenannte „Furlough Fridays“ („Urlaubsfreitage“) für alle Staatsämter an. Dreimal im Monat werden damit die meisten Staatsämter, inklusive der staatlichen Schulen, freitags geschlossen und mehr als 15.000 Angestellte in den unbezahlten Zwangsurlaub geschickt. Damit spart der Bundesstaat etwa 688 Millionen Dollar ein. Lingle meinte, dies sei die einzige Möglichkeit, die Staatsregierung vor dem totalen finanziellen Kollaps zu bewahren, andernfalls müssten tausende An-

gestellte entlassen werden.

Die regelmäßige Schließung von Ämtern und Schulen am Freitag ist seitdem in Hawai'i zum Alltag und das Wort „Furlough“ zum geflügelten Wort geworden.

(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Honolulu Star Bulletin, Honolulu Advertiser)

Massenkundgebungen am 200. Jahrestag der Staatsgründung

Am 17. Januar nahmen mehr als 400 hawaiische Aktivisten an einer Demonstration zum 200. Jahrestag der Gründung des Hawaiischen Staates und zum 117. Jahrestag der US-Invasion dieses Staates teil. Im Jahre 1810 hatte der hawaiische König Kamehameha I mit Kaumuali'i, dem Herrscher der Insel Kaua'i, ein Abkommen geschlossen, das Kaumuali'i zum Vasallen Kamehamehas machte und damit die staatliche Einigung des Archipels besiegelte, nachdem Kamehameha I zuvor alle anderen Inseln militärisch erobert hatte. Nach jahrzehntelanger Existenz dieses Staates waren die USA im Januar 1893 in Hawai'i militärisch einmarschiert.

Unter dem Motto „Hookahi Lahui Hawai'i“ (eine geeinte hawaiische Nation) zogen die Demonstranten vom Thomas-Park am Rande von Honolulus Altstadt zum 'Iolani-Palast im Stadtzentrum, wo die Zweihundertjahrfeier mit Musik und Tanz begangen wurde. Verschiedene Sprecher betonten, die hawaiische Nation müsse erneut geeint werden, um langfristig die Unabhängigkeit des Landes wiederherzustellen. Überschattet wurde die Veranstaltung von einer gleichzeitig stattfindenden massiven Demonstration christlicher Fundamentalisten gegen ein geplantes Gesetz zur Schaffung eingetragener Lebenspartnerschaften für Homosexuelle vor dem Parlamentsgebäude des Parlaments des US-Bundesstaates. Da die meisten schwulen und lesbischen Hawaier Unterstützer der Unabhängigkeit sind, waren sie alle bei der Zweihundertjahrfeier, wovon die Extremisten profitierten und somit kaum Gegendemonstranten hatten. Die

Gesetzesvorlage wurde kurz darauf im Staatssenat beschlossen, scheiterte aber im Staatsrepräsentantenhaus, wo sie auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Eigene Beobachtung der Veranstaltungen, Honolulu Star-Bulletin, Honolulu Advertiser)

Protest gegen Propaganda-Statue

Am 15. Februar, einem Feiertag zu Ehren der Präsidenten der USA (President's Day), protestierten zahlreiche hawaiische Aktivisten vor der Statue des US-Präsidenten William McKinley (Amtszeit 1897-1901) im Hof der nach demselben benannten McKinley-Oberschule in Honolulu. Präsident McKinley hatte im Jahre 1898 die sogenannte Newlands-Resolution unterzeichnet, ein Gesetz, mit dem die Okkupation Hawai'is durch die USA legitimiert werden sollte, nachdem der US-Kongress zuvor die Ratifizierung eines Annexionsvertrags abgelehnt hatte. Da dieses Verfahren sowohl völkerrechtswidrig als auch US-verfassungswidrig war, wurde es in den folgenden Jahrzehnten totgeschwiegen, und offizielle US-Stellen behaupteten lange Zeit wider besseren Wissens, Hawaii sei durch einen Vertrag annektiert worden. 1911 wurde die Oberschule von Honolulu in McKinley High School umbenannt und vor der Schule eine Statue des Präsidenten errichtet, der eine Papierrolle mit dem Titel „Treaty of Annexation“ in den Händen hält. Jahrzehntlang wurde diese Geschichtsfälschung wenig beachtet, doch seitdem hawaiische Historiker während der letzten zwei Jahrzehnte die Geschichte ihres Landes zunehmend kritisch beleuchten, empören sich immer mehr Leute über die Statue, die zunehmend mit ähnlichen Propaganda-Installationen autoritärer Regime, z.B. Lenin-Statuen im Ostblock, verglichen wird. Als Zeichen des Protests befestigten Mitglieder der „Hawaiian Independence Action Alliance“ unter der Leitung der Anthropologieprofessorin Lynette Cruz sechshundert Schilder auf dem Rasen um die Statue, auf denen auf der Vorderseite die Inschrift „No Treaty of Annexation“ und auf der Rück-

seite die Namen von Unterzeichnern einer Petition aus dem Jahre 1897 stand. In der Petition hatten etwa 21.000 Menschen, mehr als die Hälfte aller damaligen hawaiischen Staatsbürger, den geplanten Anschluss ihres Landes an die USA abgelehnt. Die Protestierenden forderten, die Schule wieder in „Honolulu High School“ umzubenennen und die Statue entweder ganz zu entfernen oder wenigstens die historisch falsche Inschrift zu korrigieren, denn es könne nicht angehen, dass in einer öffentlichen Schule statt historischer Wahrheit Propaganda gelehrt werde. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Eigene Beobachtung der Veranstaltung, Nachrichtensendung des Fernsehsenders KITV4)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Ehrungen für Clark und Jackson

Im Dezember letzten Jahres wurden Helen Clark und Peter Jackson für herausragende Verdienste um ihr Heimatland geehrt.

Die 60-jährige Helen Clark wurde in den „Orden von Neuseeland“ (Order of New Zealand, ONZ) aufgenommen und darf sich nun „Dame Clark“ nennen. Die studierte Politologin und Historikerin war seit 1981 Mitglied des neuseeländischen Parlaments. Über drei Amtsperioden, von Dezember 1999 bis November 2008, war die überzeugte Sozialdemokratin Premierministerin des Staates. Seit April 2009 leitet sie als bisher erste Frau in diesem Amt das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP. Damit bekleidet sie das dritthöchste Amt bei der UNO.

Der 1961 in Pukerua Bay geborene Filmregisseur, Filmproduzent und Autor Peter Jackson wurde für seine Verdienste um den neuseeländischen Film ausgezeichnet. Er erhielt den neuseeländischen Verdienstorden mit dem Titel „Chevalier“. Mit seiner in Neuseeland gedrehten Trilogie „Der Herr der Ringe“, einer Verfilmung des Buches von J.R.R. Tolkien, gewann Jackson 17 Oscars. Die über drei Jahre hinweg in der Weihnachtszeit in

den Kinos laufenden Filme sorgten für einen Touristenboom zu den Drehorten und bescherten dem Land hohe Einnahmen.

Zurzeit arbeitet Jackson an einer Trilogie über „Tim und Struppi“ (frz. „Les aventures de Tintin“), einer Verfilmung der Comic-Klassiker des belgischen Autors und Zeichners Hergé. (*Flash d'Océanie* 31.12.09, *Wikipedia*)

Höchste Arbeitslosenquote seit 10 Jahren

Das statistische Bundesamt von Neuseeland (Statistics New Zealand) hat für das letzte Quartal des Jahres 2009 (September bis Dezember) einen Rekordanstieg der Arbeitslosenquote verzeichnet. Von bisher 6,5% kletterte die Zahl der Erwerbslosen auf 7,3%, das entspricht einem Anstieg von 18.000 Arbeitslosen in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres. Im Dezember waren demnach 168.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Dies ist der höchste Stand seit zehn Jahren. Das Statistikamt vermeldete zudem die Aufspaltung der Erwerbslosen nach ihrer ethnischen Zugehörigkeit: So sind von den gemeldeten Arbeitslosen 15,4% Maori, 4,6% europäischer Abstammung und 17,1% Afrikaner, Lateinamerikaner und Asiaten.

Der Direktor von „Statistics New Zealand“, Geoff Bascand, erklärte den rapiden Anstieg der Arbeitslosen mit dem Zustrom junger Absolventen auf den Arbeitsmarkt. Im Herbst hätten viele junge Studierende ihr Studium abgeschlossen und seien nun auf der Suche nach einer qualifizierten Arbeit. Außerdem habe die weltweite Wirtschaftskrise auch vor Neuseeland nicht halt gemacht, ergänzte Bascand. (*Flash d'Océanie* 05.02.10, <http://www.stats.govt.nz/>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Menschenrechtspreis geht nach Papua

Westpapua: Der indonesische Menschenrechtspreis „*Yap Thiam Hien*“ wurde am Internationalen Tag der Menschenrechte (10. Dezember) an den katholischen Pastor Yohanes Jonga aus der Diözese Jayapura, Provinz Papua, verliehen. Die Jury begründete die Nominierung mit dem außerordentlichen Engagement des Pastors für die Rechte der indigenen Papua. Das West-Papua-Netzwerk begrüßte die Preisverleihung an Pastor Yohanes Jonga, der im September 2009 Gast des Netzwerkes in Deutschland war.

Sein Einsatz für die Menschenrechte in Papua ist von Entschlossenheit, Mut und Beständigkeit geprägt. Einigen ist Pastor Jonga ein Dorn im Auge, weil er Missstände öffentlich macht und die Verantwortlichen beim Namen nennt. Im Jahre 2007 erhielt er deshalb sogar Morddrohungen: Angehörige der militärischen Sondereinheit *Kopasus* ließen verlauten, dass man den Pastor lebendig begraben wolle. Nun wird sein konsequenter Einsatz für Wahrheit und Gerechtigkeit mit dem in Indonesien renommierten *Yap Thiam Hien* – Preis gewürdigt.

Der Vorsitzende der Jury, Todung Mulya Lubis, betonte die Herausforderung für Menschenrechtsverteidiger in Papua: „*Die Verteidigung der Menschenrechte in Papua ist von ganz besonderer Schwierigkeit, da Papua wenig mediales Interesse erhält und die Zivilgesellschaft noch wenig ausgebildet ist*“. Freiheit und Bildung seien für einen Großteil der indigenen Papua nicht gewährleistet, was sie anfällig für Menschenrechtsverletzungen mache. Davon betroffen seien insbesondere Frauen, für deren Rechte sich Pastor Jonga öffentlich immer wieder einsetzt. Trotz der Stigmatisierung als „Frauen-Pastor“ oder

Unterstützer der Unabhängigkeitsbewegung OPM (*Organisasi Papua Merdeka*) lässt sich Pastor Jonga nicht von seinem konsequenten und gradlinigen Einsatz für die Menschenrechte in Papua abbringen. Dieser beständige Einsatz sowie die hohe Glaubwürdigkeit des Pastors waren die ausschlaggebenden Kriterien der Jury, Pastor Jonga von 22 Kandidaten für den *Yap Thiam Hien* – Preis 2009 auszuwählen.

Jonga selbst nannte die Ernennung zum diesjährigen Preisträger als eine Würdigung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Papua. Auf die Situation in Papua aufmerksam zu machen, sei in der Tat keine einfache Aufgabe, sagte der Pastor gegenüber der indonesischen Tageszeitung *Kompas*. Pastor Jonga ist der zweite Menschenrechtsverteidiger aus Papua, der den *Yap Thiam Hien* – Preis erhält: Vor genau zehn Jahren war Yosepha Alomang, bekannt auch als „Mama Timika“, Preisträgerin.

Die Jury ehrt mit einem Sonderpreis zudem das Lebenswerk des indonesischen Menschenrechtsverteidigers Fauzi Abdullah, der auch für den *Yap Thiam Hien* – Preis nominiert gewesen war, doch am 27. November im Alter von 60 Jahren verstarb. Fauzi Abdullah hatte sich für die Rechte der indonesischen Arbeiter eingesetzt.

Pastor Yohanes Jonga stammt ursprünglich von der indonesischen Insel Flores und hat einen Großteil seines Lebens in Papua verbracht. Seit 2008 ist er Dekan der katholischen Gemeinde Keerom, Provinz Papua. Die Gemeinde befindet sich an der Grenze zu Papua-Neuguinea, die unverhältnismäßig hoch militarisiert ist. In einer Atmosphäre der Angst und Schutzlosigkeit ist Pastor Jonga eine angesehene Vertrauensperson der indigenen Gemeinschaft dort.

Im September 2009 besuchte Pastor Jonga auf Einladung des *Faith-based Networks on West Papua* Europa und berichtete gegenüber den Vereinten Nationen in Genf und der Europäischen Union in Brüssel über die aktuelle Menschenrechtssituation in Papua. In

Deutschland wurden er und die indonesische Menschenrechtsverteidigerin Poengky Indarti vom West-Papua-Netzwerk zu Gesprächen mit Vertretern der Bundesregierung sowie zu Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen begleitet (Artikel von Kristina Neubauer, West-Papua-Netzwerk, 10.10.09)

OPM-Führer erschossen

Westpapua: Am 16. Dezember 2009 wurde der Führer des bewaffneten Flügels der Unabhängigkeitsbewegung OPM/TPN (Operasi Papua Merdeka, Freiheit für Papua; Tentara Pembebasan Nasional Dewan Barat = West Papuan National Liberation Army, Nationale Befreiungskolalition für Westpapua), Kelly Kwalik, von Angehörigen der Polizeisondereinheit *Brimob* und der Anti-Terroreinheit *Densus 88* in einem Haus in Gorong-Gorong im Landkreis Mimika erschossen. Eine Kugel traf den Widerstandskämpfer im linken Bein, er verblutete später an dieser Wunde im Krankenhaus von Timika.

Kwalik wurde im Beisein von rund 1.000 Papuas am 21. Dezember in Timika beigesetzt. Der Sarg war mit der Morgensternflagge geschmückt. In seiner Traueransprache vor dem lokalen Parlamentsgebäude würdigte der katholische Bischof John Philip Saklil den Verstorbenen als große Persönlichkeit. Er habe gegen Unterdrückung, Armut und die Vernichtung der indigenen Gemeinschaft gekämpft.

Der Tod des 60-jährigen Aktivisten hat seitdem hunderte indigener Papua in Jayapura und Timika zu öffentlichen Demonstrationen gegen das brutale Vorgehen der indonesischen Sicherheitskräfte veranlasst.

Info: Kelly Kwalik war der von den indonesischen Sicherheitskräften meistgesuchte OPM-Führer in Papua. Die Polizei beschuldigte ihn, für eine Reihe von Überfällen auf Mitarbeiter des US-amerikanischen Bergbauunternehmens Freeport seit Juli 2009 verantwortlich zu sein. Kwalik hatte sich jedoch von diesen Überfällen distanziert.

Der Anführer des bewaffneten Arms der Unabhängigkeitsorganisation hatte sich in den vergangenen Jahren vom bewaffneten Kampf abgewandt und die gewaltfreie Kampagne „Papua - Land des Friedens“ unterstützt. Diesem Auftritt kamen auch die wichtigsten Unabhängigkeitskämpfer in den anderen Regionen Papuas nach.

Am 25. Dezember gab die TPN, zu der die OPM gehört, den Nachfolger von Kwalik bekannt: Jeck Milian Kemong wurde zum Führer des Militärgebietes III (zentrales Hochland von Westpapua) gewählt. Er soll ein enger Vertrauter des ermordeten Kwalik gewesen sein. Von 1968 bis 1971 hatte Kemong das Katholische Seminar in Abepura besucht. 1977 schloss er sich der Widerstandsbewegung an. Der neue OPM-Führer werde die friedlichen Bemühungen seines Vorgängers fortsetzen, erklärte Dr. Otto Ondawame, Vize-Vorsitzender der „West Papua National Coalition for Liberation“.

Unterdessen hält die Anschlagserie auf Freeport-Fahrzeuge an. Am 24. Januar feuerte eine unbekannte Tätergruppe erneut auf eine Fahrzeugkolonne mit Mitarbeitern des Unternehmens. Neun Menschen wurden verletzt, darunter ein Amerikaner, eine Südafrikanerin und eine 13-jährige Schülerin. Die OPM wies in einer Pressemitteilung jede Beteiligung an dem Überfall zurück. (*E-Info West-Papua-Netzwerk 23.12.09, 27.01.10, West Papua Report January 2010*)

† Viktor Kaisiepo

Amersfoort: In der Nacht auf den 31. Januar verstarb im niederländischen Amersfoort im Alter von 61 Jahren der niederländisch-papuanische Unabhängigkeitsaktivist Viktor Kaisiepo. Kaisiepo wurde am 14. September 1948 in Kori-do auf der Insel Biak im damaligen Niederländisch-Neuguinea geboren. Als die Niederlande 1962 unter internationalem Druck gezwungen wurden, ihre Kolonie an Indonesien abzutreten, musste seine Familie in das niederländische Exil gehen. Hier führte Kaisiepo den bereits von seinem Vater begonnenen Kampf für ein unabhängiges West-

papua fort. Er trat als Sprecher der westpapuanischen Unabhängigkeitsaktivisten bei den Vereinten Nationen in New York auf und gründete in den Niederlanden die "West Papua People's Front", eine Nichtregierungsorganisation mit dem Ziel der papuanischen Unabhängigkeit. Kaisiepo fungierte als Sprecher dieser NGO. In zahlreichen weiteren Organisationen, Verbänden und Vereinen engagierte sich Kaisiepo für indigene Völker, für die Erreichung der Millenniumsziele, für die Umwelt, den Schutz tropischer Regenwälder, die Ausbildung junger Menschen etc. Kaisiepo war u. a. Geschäftsführer der „Foundation Papua Lobby“ in den Niederlanden, Mitglied des Präsidiums „Dewan Papua“ in Westpapua und Mitbegründer der „Unrepresented Nations and People's Organization“ (UNPO). Er engagierte sich zudem in der „International Alliance of Indigenous and Tribal Peoples in the Tropical Forests“ sowie beim Sekretariat der Bewegung für einen atomwaffenfreien Pazifik in Suva auf Fidschi (NFIP). Seit 2003 arbeitete Kaisiepo als freier Berater für die Weltbank. Er beriet diese bei der Vergabe von Kleinkrediten an indigene Völker.

Viktor Kaisiepo war wegen seines vielfältigen Engagements weltweit ein gefragter Referent und „Resource Person“. Er nahm auch des Öfteren in Deutschland an Veranstaltungen des Pazifik-Netzwerkes teil und verstand es, über den „papuanischen Tellerrand“ hinaus auch andere Völker des Pazifiks mit in den Blick zu nehmen. Mit Viktor Kaisiepo hat die deutsche „Westpapua- Szene“ einen leidenschaftlichen, temperamentvollen und provozierenden Aktivisten verloren. (*Impunity Watch Reporter 31.01.10, Radio Netherlands 31.01.10, Nachruf Pfr. Dr. Siegfried Zöllner 05.02.10*)

† Gus Dur

Indonesien: Am 30. Dezember verstarb der 69-jährige indonesische Politiker Abdurrahman Wahid (Spitzname: Gus Dur). Er wurde am 7. September 1940 in Jombang auf der Insel Java geboren und studierte später in Kairo und Bag-

dad islamisches Recht, Arabistik und Literatur. 1971 kehrte er nach Indonesien zurück. Am 20. Oktober 1999 wurde Wahid mit 371 Stimmen von der Beratenden Vollversammlung zum Präsidenten gewählt. Er hatte sich gegen die Siegerin der Parlamentswahlen Megawati Sukarnoputri durchgesetzt. Diese wurde jedoch Präsidentin, nachdem Wahid im Juli 2001 wegen Inkompetenz und der Verwicklung in Finanzskandale von der Beratenden Vollversammlung abgesetzt worden war.

Bereits im ersten Jahr seiner Amtszeit hatte Wahid Jayapura (Westpapua) besucht. Er verbrachte auch den symbolträchtigen Jahreswechsel 1999/2000 in Westpapua. Hier traf er mit den einflussreichen papuanischen Führern Tom Beanal und Theys Eluay zusammen. Wahid benannte die Provinz „Irian Jaya“ offiziell in „Papua“ um. Er erließ ein Dekret, wonach die indigenen Papuas ihre Symbole der Unabhängigkeit in der Öffentlichkeit zeigen durften. So erlaubte Wahid das Hissen der Morgensternflagge mit der Einschränkung, dass diese nur unterhalb der offiziellen indonesischen Flagge gehisst werden dürfe. Wahid unterstützte aus seinem Privatvermögen mit einer großzügigen Spende die Durchführung der „Second Papuan Conference“ im Mai und Juni 2000. Er rief wiederholt zu einem friedvollen Dialog zwischen Jakarta und Jayapura auf. (*Wikipedia, West Papua Report January 2010, Wall Street Journal 06.01.10, taz 06.01.10*)

Reformierter Plan: Bau der Schwerölkraftwerke gestoppt

Timor-Leste: Aufgrund wachsender Proteste seitens der Bevölkerung und Umweltorganisationen wurde der heikle Plan der Stromerzeugung durch Schwerölkraftwerke gestoppt und überarbeitet. Am 15. Januar 2010 wurde der reformierte Plan mit einer feierlichen Zeremonie eingeweiht und durch die Grundsteinlegung des Bauvorhabens in Hera, wenige Kilometer von der Hauptstadt Dili entfernt, besiegelt.

Bereits 2008 unterzeichnete die Regierung Timor-Lestes den Vertrag mit der chinesischen Firma „Chinese Nuclear Industry 22nd Construction Co. Ltd.“ für das 400 Millionen US-Dollar teure Projekt, das eine landesweite Stromversorgung garantieren sollte.

Dieser viel kritisierte Plan beinhaltete den Bau von drei Kraftwerken, die mit Schweröl gefeuert werden, sowie die Inbetriebnahme von Motoren und Generatoren, die bereits 20 Jahre in China in Betrieb waren. Aufgrund der hohen Umweltverschmutzung, dem finanziellen Aufwand und der Art der Umsetzung gab es wachsende Proteste seitens der Zivilgesellschaft und internationaler Umweltorganisationen. Im August 2009 wurden Landrodungs- sowie Umsiedlungsprozesse in Hera abgebrochen und zwei Monate später räumte Premierminister Xanana Gusmão in einem Brief an das Parlament Fehler bezüglich des Projektes ein und kündigte eine wesentliche Umgestaltung an. So sollen im reformierten Plan unter anderem keine gebrauchten Generatoren verwendet werden, sondern neue Generatoren, die auch mit Diesel oder Gas betrieben werden können. Somit wird die Abhängigkeit vom höchst umweltgefährdenden Schweröl dezimiert und die Möglichkeit andere Rohstoffe zu verwenden angesteuert.

Am 15. Januar 2010 wurde in einer feierlichen Zeremonie der Grundstein für den Bau des reformierten Projekts gelegt. Anwesend waren Präsident Dr. José Ramos-Horta, Premierminister Xanana Gusmão und rund weitere 100 Regierungsbeamte. Jedoch war niemand aus der Zivilgesellschaft oder der Opposition eingeladen, wie die timoresische NGO La'o Hamutuk beklagte. (*Artikel von Janina Pawelz, DOTG. Quellen: www.etan.org, www.laohamutuk.org, www.ntrn.org.au*)

AUSTRALIEN

Neuer Hochkommissar für PNG

Ian Kemish hat zum 1. Februar sein Amt als australischer Hochkommissar für Papua-Neuguinea angetreten. Er war vom australischen Außenminister Stephen Smith zum Nachfolger des seit Dezember 2006 amtierenden Chris Moraitis berufen worden.

Ian Kemish war seit April 2006 australischer Botschafter in Deutschland. In dieser Funktion nahm er auch im April 2007 an einer internationalen Fachtagung zum Thema „Frieden im Pazifik?!“ im fränkischen Neuendettelsau teil. Kemishs Besuch in Franken zogen Gegenbesuche in Berlin nach sich, so dass sich eine gute Zusammenarbeit zwischen der Pazifik-Informationsstelle, dem Papua-Neuguinea-Referat von Mission EineWelt und dem Botschafter ergab. Kemish verfügt über Auslandserfahrungen in Wien, Neuseeland und Brunei. Er hat einen Bachelor in „International Relations“ und „South East Asian History“ von der Universität in Queensland. Der sympathische Australierwuchs in Papua-Neuguinea auf und besuchte dort die Grundschule. Kemish ist verheiratet und Vater zweier Töchter. Er spricht fließend Tok Pisin, Indonesisch und Deutsch. Kemish Amtssitz ist die australische Botschaft in Port Moresby. Hier arbeiten insgesamt 300 Beschäftigte in Diensten der australischen Regierung. Anfang Februar stellte sich Kemish bei Premier Michael Somare vor.

(*Pressemitteilung austr. Außenministerium 12.01.10, persönliche Email von Ian Kemish 14.01.10, Flash d'Océanie 04.02.10*)

SPORT

Deutscher gewinnt Tour Down Under

Australien: Bereits zum zweiten Mal gewann der Rostocker André Greipel die „Santos Tour Down Under“ im Bundesstaat South Australia. Die sechstägige Rundfahrt mit insgesamt 794,5 Kilometern endete am 24. Januar in Adelaide. Hier verfolgten 124.000 Zuschauer die letzte 90 Kilometer lange Etappe auf der Ringstraße (City Council Circuit) der Hauptstadt des Bundesstaates. Insgesamt hatten über 762.000 Zuschauer das sechstägige Radrennen durch Südaustralien am Streckenverlauf verfolgt. Nach Angaben des Veranstalters handelte es sich bei der Rundfahrt vom 17. bis zum 24. Januar um die größte Sportveranstaltung in Südaustralien.

Mit einer reinen Fahrzeit von 18 Stunden 47 Minuten und 5 Sekunden konnte sich der 27-jährige Deutsche gegen die Konkurrenz aus Spanien und Neuseeland durchsetzen. „André the Giant“- so der Spitzname des Deutschen im internationalen Radsport- ist der erste Fahrer in der 12-jährigen Geschichte des Rennens, der zweimal (zuerst im Jahr 2008) gewann. Insgesamt konnte Greipel drei der sechs Etappen für sich entscheiden.

Greipel lebt mit seiner Frau und zwei Töchtern in Hürth und fährt für das Team „Columbia“ von High Road Sports (HTC-Columbia).

(<http://www.tourdownunder.com.au>,
<http://www.andregreipel.de/>, <http://06.live-radsport.ch/>)

Längster Golfplatz der Welt eröffnet

Australien: Kürzlich hat in Ceduna auf der Halbinsel Eyre (Bundesstaat South Australia) der längste Golfplatz der Welt eröffnet. Vom ersten Abschlag bis zum Loch 18 sind es 1.365 Kilometer! Dabei durchquert der Golfspielende nicht

nur die gesamte Nullarbor-Wüste, sondern gleichzeitig auch zwei Zeitzonen. Die Route führt entlang des Eyre Highways bis nach Kalgoorlie in Western Australia. Von einem Abschlag zum nächsten sind es maximal 100 Kilometer. Geübte Golfer schaffen die gesamte Strecke in vier Tagen. Mit nur 32,- € sind die Scorekarten günstig in den Touristenbüros in Ceduna erhältlich. Wer den gesamten Golfplatz bespielt hat und sich dies von den Rasthäusern entlang des Parcours hat bestätigen lassen, bekommt am Ende der Runde eine Urkunde.

(<http://www.ausgolf.com.au/>,
<http://www.southaustralia.com/>)

Golfen ohne Grün

Australien: Der einzige komplett graslose Golfplatz der Welt liegt in der Opalstadt Cooper Pedy im Bundesstaat South Australia. Bedingt durch die klimatischen Gegebenheiten wird hier auf dem sandigen Outback-Boden gespielt. Damit der Sand nicht fortgeweht wird, werden die „Greens“ regelmäßig geölt. Für den Abschlag erhält jeder Golfer ein 20 Quadratzentimeter großes Stück Kunstrasen. Der 18 Löcher umfassende Platz wird wegen der enormen Hitze überwiegend nachts gespielt. Dann sorgen leuchtende Golfbälle für die Orientierung in der Dunkelheit. Eine Runde auf dem „Coober Pedy Opal Fields Golf Course“ kostet rund 6,- €. (<http://www.iseekgolf.com/courses/1557-coober-pedy-golf-club>,
<http://www.southaustralia.com/>)

Tahiti-Moorea Marathon mit Rekordteilnehmerzahl

Tahiti: Rekordverdächtige 429 Teilnehmer hatten sich zur 22. Auflage des „Tahiti-Moorea-Marathon“ auf der Insel Moorea (Französisch-Polynesien) angemeldet. 96 Läufer traten über die gesamte Marathonstrecke an (42 Kilometer), 253 über den Halbmarathon und 80 über eine Distanz von 5 Kilometern („Fenua Run“). Unter den Läufern waren sieben Italiener, neun Amerikaner, zehn Deutsche und zehn Franzosen.

Die Sportveranstaltung wird seit 1988 vom Verein „Te Moorea Club“ ausgerichtet. Der Club ist an den Leichtathletik-Verband von Französisch-Polynesien sowie an den Tahitianischen Triathlon-Verband angeschlossen. Ziel des Marathons ist die Sport-Tourismus-Förderung, die Organisation eines großen Volks- und Kulturfestes, das zeitgleich zum Marathon stattfindet, sowie die Ankurbelung der Wirtschaft.

(<http://www.mooreaevents.org/3.asp>)

Melbourne gewinnt „World Club Challenge“

England: Am 28. Februar besiegten die „Melbourne Storm“ im britischen Leeds die Mannschaft aus Leeds („Leeds Rhinos“) mit 18:20 Punkten und wurden somit neuer Rugby-Weltmeister.

Bei der jährlich ausgetragenen Meisterschaft spielt der Sieger aus der austral-asiatisch-pazifischen „National Rugby League“ gegen den Gewinner der „European Super League“ und ermittelt mit dem Spiel die weltweit beste Rugby-Mannschaft. Bei den letzten 17 Meisterschaften konnten sich elfmal britische Mannschaften durchsetzen. (ABC 01.03.10, Wikipedia)

„TOK BILONG PASIFIK“

Schildkröten-Klinik eröffnet

Australien: Das „reefHQ Aquarium“ in Townsville hat ein Schildkröten-Krankenhaus eröffnet. Im „Turtle Hospital“ sollen erkrankte und verletzte Schildkröten gesund gepflegt werden. Ziel ist es, die durch menschliche Einwirkung erkrankten Tiere so weit zu kurieren, dass sie ins Meer entlassen werden können. Die Besucher des „Turtle Hospitals“ bekommen auf einer geführten Besichtigungstour einen guten Einblick in das Leben der Meerestiere und dürfen sogar bei Behandlungen zuschauen.

Das „reef HQ“ in Townsville, einer Kleinstadt südlich von Cairns im Bundesstaat North Queensland, ist das größte Korallenriff-Aquarium der Welt. Es beinhaltet rund drei Millionen Liter Wasser und beheimatet hunderte von verschiedenen Pflanzen und Tieren. Ziel des Aquariums ist die Aufklärungs- und Bildungsarbeit über die am Great Barrier Reef vorkommenden Lebewesen. Dazu gehören auch sechs der weltweit insgesamt sieben Schildkröten-Gattungen.

(<http://www.reefhq.com.au/>)

Kunstsprache erinnert an Maori

Neuseeland: Die im Science-Fiction Film „Avatar“ von den Einwohnern des Planeten Pandora benutzte Sprache erinnert entfernt an das neuseeländische Maori. Das erklärte Regisseur James Cameron kürzlich auf einer Pressekonferenz. Die von den Na'vi (so der Name des Volkes) benutzte Sprache, die im Film für die Zuschauer untertitelt wird, hat Paul Frommer, ein Linguist an der Universität von Südkalifornien in Los Angeles (University of South California) entwickelt. Frommer benutzte dazu Orts- und Personennamen aus dem Maori sowie einzelne Wörter aus afrikanischen und indischen Sprachen. Als grammatikalische Grundlage nahm Frommer das Deutsche, wo das Verb am Ende eines Satzes steht. Die Schwierigkeit für die Schauspieler bestand darin, das Na'vi bei den Gesprächen mit den Besatzern mit einem englischen Akzent zu sprechen. Deshalb ließ der Regisseur die Na'vi-Hauptdarstellerin Zoë Saldana zunächst die Sprache einüben, alle anderen Sprecher mussten sich an ihrem Akzent orientieren.

Cameron begründete die Ähnlichkeit mit seiner Begeisterung für das Maori. Als er Neuseeland vor einigen Jahren besucht habe, sei ihm die sonore, wohlklingende Sprache aufgefallen. Er habe deshalb den Auftrag erteilt, für die Na'vi eine ähnlich klingende Sprache zu erfinden.

Mit „Avatar“ hat Cameron seinen

eigenen Einspielrekord für die „Titanic“ übertroffen. Bis dato spielte das fulminante 3 D-Spektakel weltweit rund 1,85 Milliarden Dollar ein. (Tahitipresse 25.01.10, Horiwood's Blog online, www.filmstarts.de)

7. Internationales Filmfestival in Tahiti

Tahiti: Vom 25. bis 31. Januar fand im „Maison de la Culture“ in Papeete (Französisch-Polynesien) das siebte „Festival International du Film documentaire oceanien“ (FIFO) statt. Das Filmfest gilt als das „Cannes des Pazifiks“. An sechs aufeinanderfolgenden Tagen wurden in neun Filmsälen 42 Filme aus und über pazifische Themen präsentiert. 17 Filme traten zum Wettbewerb um die Geldpreise an. Den mit 500.000 Pazifikfrancs dotierten Großen Preis der Jury erhielt der Film „Te Henua e noho-There once was an island“ von dem neuseeländischen Filmemacher Briar March. Der 80-minütige englischsprachige Film porträtiert anhand dreier Personen das Schicksal von Klimaflüchtlings im Pazifik und thematisiert die Frage: Bleiben oder gehen?

Mit 300.000 FPF wurde der Film von Leanne Pooley „The Topp Twins- Untouchable Girls“ belohnt. Der 84-minütige Film dokumentiert das Schicksal von lesbischen Zwillingsschwestern, die als Musikerinnen, Komikerinnen, Country-Sängerinnen und Tänzerinnen auftreten.

Einen Spezialpreis der Jury erhielt Keala Kelly für „Noho Hewa“.

Die 2008 in Hawai'i gedrehte 73-minütige Doku zeigt den Kampf der hawaiischen Ureinwohner gegen die Zerstörung von heiligen Stätten und Friedhöfen durch skrupellose Geschäftemacher, die auf heiligem Land Hotels o. ä. errichten wollen. Der Film zeigt auch die Folgen der amerikanischen Militärpräsenz auf und beschäftigt sich mit dem kulturellen Wandel seit der Annexion Hawai'is durch die USA.

Ebenso wie Amiel Courtin Wilson für seinen Beitrag „Bastardy“ erhielt Pooley und Kelly 300.000 FPF Preisgeld.

„Bastardy“ schildert das Leben des 58-jährigen heroinabhängigen Jacks, ein notorischer Kleinkrimineller und Obdachloser. Der Aborigine lebt seit 40 Jahren auf der Straße, hat aber trotzdem die erste Aborigine-Theatercompagnie gegründet und dort vielfach selbst auf der Bühne gestanden.

Der Publikumspreis ging an „Terre natale- Retour à Rurutu“ von Jean-Michel Corillon. Der 52-minütige Film wurde 2009 in Französisch-Polynesien gedreht. Er zeigt das Schicksal des auf der Insel Rurutu geborenen Geschwisterpaares Maeva (23) und Eteroa (20), die als Säuglinge von einem französischen Paar adoptiert wurden und in Frankreich aufwuchsen. Die Jugendlichen entscheiden sich zu einer Reise auf ihre Geburtsinsel und lernen dort Familienangehörige kennen.

Alle Preisträger bekamen zusätzlich zum Geldpreis eine Holzskulptur, die von Studenten der tahitianischen Kunstakademie gestaltet worden war.

An dem diesjährigen Festival nahmen mehr als 23.000 Besucher teil, darunter 4.530 Schülerinnen und Schüler. Die Besucher kamen aus dem Großraum Pazifik sowie aus Kanada, Frankreich und den USA. An den das Festival begleitenden fachspezifischen Workshops zu Regie, Schnitt, Kamera und Licht nahmen 1.516 Personen teil. Damit ist das FIFO das größte Festival seiner Art im asiatisch-pazifischen Raum. (<http://fifotahiti.com/>, ABC 27.01.10)

Deutsches Quartett gastiert in Samoa

Samoa: Bei einer Konzertreise durch die Region Südostasien und Pazifik anlässlich des 200. Geburtstages von Felix Mendelssohn-Bartholdy und des Todestages von Joseph Haydn hat das deutsche „Signum Quartett“ zwei Konzerte in Samoa gegeben. Die vier Musiker waren auf Einladung des Goethe-Instituts unterwegs. Bei ihren Konzerten im Haus des samoanischen Staatsoberhauptes TUIATUA Tupua Tamasese Efi und in der ka-

tholischen Kirche des Erzbischofs in Apia sammelten Kerstin Dill (Violine), Annette Walther (Violine), Xandi van Dijk (Viola) und Thomas Schmitz (Violoncello) auch Spenden für die Opfer des Tsunamis.

(<http://www.signum-quartett.de/>, Newsletter of the German Embassy in Wellington 25.02.10)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Gemeinsam für Bildung

Staat und Kirchen sollten eng zusammenarbeiten um die schulische Bildung für Kinder und Jugendliche in PNG für die nächste Generation sicher zu stellen. Dies forderten verschiedene Vertreter von Kirchen und Regierung bei einem gemeinsamen Workshop zur Bildungssituation des Landes. Derzeit gebe es über 700.000 Kinder in PNG, die keine Schule besuchten. (Wantok Nr. 1840)

AUS DER ELC-PNG

Giegere Wenge neuer Bischof

Die 27. Synode der ELC-PNG wählte Mitte Januar in Lae Rev. Giegere Wenge zum neuen leitenden Bischof der Kirche. Wenge setzte sich mit 115 Stimmen gegen seine drei Mitbewerber durch. Im Amt des stellvertretenden Bischofs wurde Rev. Zau Rapa bestätigt. Zum neuen Generalsekretär der Kirche wählte die Synode Albert Tokave. Vor seiner Wahl zum neuen Bischof war Giegere Wenge in den 1990er Jahren Leiter der Abteilung für Theologische Ausbildung und zuletzt Prinzipal des Martin Luther Seminars in Lae. Er tritt die Nachfolge von Dr. Wesley Kigasing an, der im Mai 2008 sehr plötzlich und unerwartet verstorben war. (Post Courier 15.01.10, Wantok Nr. 1849)

Bischöfin als Gastrednerin auf der Synode

Bischöfin Jemima Krey von der „Gereja Kristen Injili“ (GKI) in Westpapua hielt eine viel beachtete Grundsatzrede an die 27. Synode der ELC-PNG. Sie rief insbesondere die Frauen auf, sich nicht weiterhin unterdrücken zu lassen, sondern ihren Platz auch in Leitungssämtern der Kirche einzufordern. Letztes Jahr hatten die ELC-PNG und die GKI eine gemeinsame Partnerschaftvereinbarung unterzeichnet, derzufolge sie in verschiedenen Arbeitsfeldern künftig enger zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen wollen. (Mamose Post 21.01.10, Wantok Nr. 1850)

Frauen im Church Council

Die Synode der ELC-PNG hat beschlossen, künftig zwei Frauen in das höchste Leitungsgremium der ELC-PNG zu berufen. Bischof Wenge kündigte an, sich für gleiche Rechte auch für Frauen in Kirche und Gesellschaft einsetzen zu wollen. (The National 14.01.10)

15 neue Theologiestudentinnen

Das Theologische Seminar in Ogelbeng im Hochland PNGs nimmt dieses Jahr neben 26 Männern auch 15 Frauen auf, die Theologie studieren wollen, obwohl die ELC-PNG bisher noch keine Frauenordination eingeführt hat. Die Studierenden kommen aus 10 verschiedenen Distrikten aus dem ganzen Land. (Wantok Nr. 1847)

AUS DER RÖM. KATH. KIRCHE

Zuwachs bei den Missionsschwestern vom Kostbaren Blut

Die Missionsschwestern vom Kostbaren Blut freuen sich über drei neue Mitglieder in ihrer Gemeinschaft in Lae. Schwester Hyo Eun Tjang aus Südkorea, Schwester

Henriqueta Muchate aus Mosambik und Schwester Tinashe Ncube aus Simbabwe verstärken den Konvent in Lae und übernehmen verschiedene pastorale und administrative Aufgaben. (Zeitschrift Mariannahill 01/2010)

† Pater Joe Forstner

Am 24. November 2009 verstarb Pater Joe Forstner, SVD, in der Uniklinik Regensburg im Alter von 63 Jahren. 1974 war er nach PNG ausgewandert und begann seinen Dienst als junger Pater der katholischen Mission in Saidor. Von 1976 bis 1984 war er Direktor der Maiwara Katechetenschule. 1991 wurde er zum Priester an der Heilig Geist Kathedrale in Madang berufen, wo er bis zu seinem Tod segensreich wirkte. (Wantok Nr. 1843)

Weg der Erneuerung

Inzwischen sind es acht Diözesen und eine Schwesternkongregation unter der katholischen Bischofskonferenz von PNG & Solomon Islands, die sich auf den Weg der Erneuerung begeben haben. Dieser Weg ist ein systematischer Prozess, der mit einer Situations- und Bedarfsanalyse beginnt und zum Ziel hat, die Errungenschaften des 2. Vatikanischen Konzils, insbesondere die Spiritualität der Gemeinschaft und der Partizipation voranzubringen. Letztendlich geht es um die pastorale Planung unter Einbeziehung aller hierarchischen Ebenen.

Der „Community Animation Service“ (CAS) bietet Aus- und Fortbildungskurse sowie Begleitung des Prozesses an. Das nationale Team, mit Sitz in Mount Hagen, hat inzwischen vier hauptamtliche Mitarbeiter. Ausgebildet wurden sie in speziellen Kursen der charismatischen Bewegung in Rom. Weltweit hat die Bewegung Mitglieder und Förderer. Bischof Gilles Côté von Daru Kiunga ist ein überzeugter, charismatischer Vertreter des Weges, der über die Partizipation aller kirchlichen Hierarchieebenen eine lebendige Gemeinschaft der Gläubigen herstellen will. Unter dem Motto „Eine Vision, ein Volk“ entstand in seiner Diözese, die die ge-

samte Western Province umfasst, die extrem dünn besiedelt ist und kaum über Infrastruktur verfügt, bereits ein völlig neues Gemeinschaftsgefühl und Engagement für die Kirche. Möglich geworden ist dies nicht zuletzt durch die fortlaufende Fortbildung von Gemeindegliedern, die als Multiplikatoren wirken. Drei wichtige Grundsätze für alle geplanten Aktivitäten lauten: 1. alle Aktionen starten dort, wo die Menschen sind, 2. alle Aktionen sind einfach (machbar) und sinnvoll und 3. wirkliches Wachstum braucht Zeit. Es gibt 4-Jahres-Planungen mit Zielen, zu denen eine Argumentation mit Situationsbeschreibung, Wunschvorstellung und Beschreibung des notwendigen Wandlungsprozesses folgen. Spezifische Kriterien für die Umsetzung werden genannt und ein konkreter Handlungsablauf ist für die einzelnen Jahre festgelegt, wobei für jedes Jahr ein eigenes Jahresziel formuliert ist. (Artikel von Anne Knörzer, Missio Aachen)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Erste Australierin heilig gesprochen

Australien: Der Vatikan hat Schwester Mary MacKillop als erste Australierin heilig gesprochen. Papst Benedikt XVI. gab die Kanonisierung kürzlich bei einem Treffen der Kardinäle im Vatikan bekannt. Die offizielle Zeremonie wird im Oktober stattfinden. Für die Nonne aus Melbourne wurden erste Rufe nach einer Seligsprechung bereits in den 1920er Jahren laut. (ABC-News 22.02.10)

Fidschi erweitert Verbot methodistischer Kirchenversammlungen

Fidschi: Die Regierung von Fidschi hat das Verbot der jährlichen Gesamtkonferenz der Methodistischen Kirche auch auf ihre regionalen und vierteljährlichen Treffen ausgeweitet. Allein die monatlichen Treffen der Kirche sind demzufolge noch erlaubt, die sich inhaltlich nur mit geistlichen Themen befassen. Alle Treffen, die sich mit „nicht-

geistlichen“ Themen befassen, bleiben verboten. Die Regierung will die aktive Einmischung der Kirche in politische Fragen unterbinden und betont, dass sich die Kirche nur um die geistlichen Belange der Menschen zu kümmern habe. (Pacific Islands Report 03.02.10)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Islands Business
• Flash d'Océanie • National
• Oceania Flash • Pacific Beat
• Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand
• Sydney Morning Herald • Tahitipresse • The Lutheran
• Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE



Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120